

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Juli 2001



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Juli 2001–Jahrgang 28, Nr. 3

© 2001 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021. E-Mail: <chases@gao.gov>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der *Zeitschrift* zu richten – P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

1	Leitartikel
4	Kurzmitteilungen
8	IDI-Symposium für Schulungsexperten
11	ARABOSAI Kongress
14	Länderprofil: Korea
17	Neuerscheinungen
18	INTOSAI Intern

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
Sheila Fraser, Auditor General, Kanada
Mohamed Raouf Najar, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Clodosbaldo Russian Uztegui, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Linda L. Weeks (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)
Deepak Anurag (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Finanzen

U.S. General Accounting Office (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Guillermo Ramírez, Tribunal de Cuentas, Uruguay, Vorsitzender
Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea,
Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit
Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich,
Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Antigua und Barbuda
Humberto Souto, Ministro-Presidente do Tribunal de Contas da
União, Brasilien
Njiemoun Mama, Minister Delegate, Kamerun
Sheila Fraser, Auditor General, Kanada
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing
Organization, Ägypten
Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes,
Deutschland
V. K. Shunglu, Comptroller and Auditor General, Indien
Abdessadeq El Glaoui, Président de la Cour des Comptes, Marokko
Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen
Carmen Higaonna de Guerra, Contralor General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu''onetoa, Auditor General, Tonga
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten

Leben in einer vernetzen Welt

Von Saskia J. Stuiveling, Präsidentin des niederländischen Rechnungshofs

Es ist eine unumstößliche Tatsache, dass sich die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) in naher Zukunft mit der zunehmenden "Elektronisierung" der Welt auseinandersetzen werden müssen. Widersprüchliche Botschaften in Bezug auf das Tempo der elektronischen Entwicklung, über gleichzeitigen kommerziellen Erfolg und Mißerfolg, "elektronische Verwirrung" meinerseits angesichts der Frage, welche Signale wichtig sind und welche nicht, und welche Schlußfolgerungen ich daraus für meine eigene ORKB ziehen kann – dies alles bewog mich dazu, einige Überlegungen anzustellen, die ich Ihnen im folgenden gerne mitteilen möchte. Es handelt sich hierbei allerdings nur um ein paar erste gedankliche Schritte, da wir alle auf diesem Gebiet, wie seinerzeit Columbus, absolutes Neuland betreten.

Die Geschichte von den Ziegeln und andere Erzählungen

Ehe ich mich den modernen Technologien zuwende, möchte ich gerne ein Beispiel für eine sehr alte, aber nach wie vor aktuelle Technologie anführen: die Herstellung von Ziegeln. Im Jahr 5000 v. Chr. bauten die Menschen ihre Häuser aus Materialien wie Holz, Lehm und Steinen, die sie in ihrer unmittelbaren Umgebung fanden. In Mesopotamien stieß man damit jedoch schnell auf ein Problem, da nicht ausreichend Holz und Steine vorhanden waren. Daher nutzten die Menschen in Mesopotamien Materialien, die sie aus dem feuchten, schlammigen Boden gewinnen konnten, und bauten ihre Häuser mit Lehm, Schlamm und Rohr. Aus diesen Materialien formten sie mit der Hand Lehmstücke und ließen sie in der Sonne trocknen. Zunächst waren die Stücke groß und unregelmäßig und der Form der Steine nachempfunden, die man auch in der Natur findet; nach einer Weile wurde die Form der Stücke regelmäßiger, weil solche Lehmstücke schneller trockneten. Um 4000 v. Chr. begannen die Menschen Holzformen für das Anfertigen der "Steine" oder Ziegel zu benutzen. Aber erst um 3200 v. Chr. wurden die Ziegel in Öfen gebrannt.

Diese Geschichte über die Ziegel zeigt uns, dass es, obwohl die Technologie während der ganzen Zeit vorhanden war, 1 800 Jahre dauerte, um von einem natürlichen Stein über eine Phase der Nachahmung zu einem wirklich neuen Produkt zu gelangen: zu gebrannten Ziegeln. Der dafür ausschlaggebende Faktor: die menschliche Denkweise.

Ähnliche Beispiele aus heutiger Zeit

Das erste Beispiel, eine kurze Anekdote zum Thema Weihnachtskarten, stammt aus unserer Behörde. 1999 be-

schlossen wir, mit der Zeit zu gehen und uns zu Ehren des neuen Jahrtausends modern und innovativ zu zeigen und den Großteil unserer gedruckten und per Post verschickten Weihnachtskarten durch virtuelle, über das Internet verschickte Karten zu ersetzen. Es wurde also neben der gedruckten Karte auch eine virtuelle Karte entworfen. Zu Weihnachten 1999/2000 verschickten wir 400 virtuelle und 1 400 gedruckte Karten. Damit haben wir unser Ziel, die gedruckten Karten zu ersetzen, eindeutig verfehlt. Wir hatten dafür allerdings eine gute Entschuldigung — wir haben uns zu spät dazu entschlossen und konnten nicht mehr alle erforderlichen e-mail Adressen besorgen. Daher versuchten wir es 2000/2001 in gutem Glauben erneut. Wir verschickten 1 200 e-mails und 1 400 gedruckte Karten. Wiederum haben wir unser Ziel nicht erreicht. Obwohl wir über alle erforderlichen Mittel verfügten, gelang es uns aus irgendeinem Grund nicht, ein an sich nicht besonders kompliziertes Vorhaben zu verwirklichen. Menschliche Denkweise.

Das zweite Beispiel stammt aus Großbritannien, wo sich die Verwaltung sehr ehrgeizige Ziele für die Einführung von eCommerce im öffentlichen Dienst gesetzt hat. Das Volumen des elektronischen Beschaffungswesens sollte im Jahr 2001 um 90 % erhöht werden. 1999 wurden allerdings weniger als 1 % der Bestellungen von Waren und Dienstleistungen im "G-CAT", dem Katalog der IT-Produkte der Verwaltung, elektronisch abgegeben. Und ein Kollege erzählte mir, daß diese Käufe nicht über das Internet, sondern per Telefon getätigt wurden. Menschliche Denkweise.

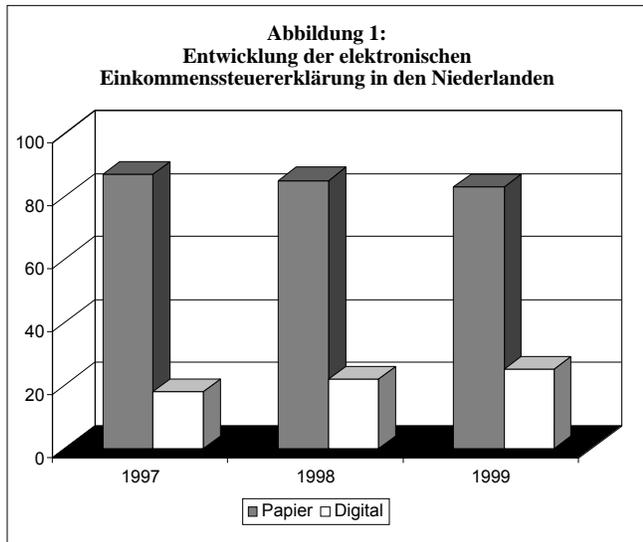
Das letzte Beispiel ist wieder ein holländisches. Seit 1997 bietet die niederländische Steuerbehörde den Steuerzahlern die Möglichkeit, ihre Einkommenssteuererklärung über das Internet abzugeben. Wie in Abbildung 1 dargestellt, wurden 1997 rund 15 % aller Einkommenssteuererklärungen auf elektronische Weise eingereicht; 1998 lag die Zahl bei rund 18 % und 1999 bei rund 20 %. Menschliche Denkweise.

Aus allen drei Beispielen läßt sich dieselbe Lehre ziehen wie aus der Geschichte über die Ziegel: Obwohl die technologischen Mittel zur Verfügung stehen, sind eigentlich emotionale, intellektuelle, kulturelle oder organisatorische Faktoren ausschlaggebend. Eine neue Technologie fügt zu bereits bestehenden Möglichkeiten eine neue Möglichkeit hinzu, muss sie aber nicht notwendigerweise ersetzen. Darüber hinaus ist die Substitutionsrate weit geringer als man annehmen würde.

Die Rate, mit der IT-Entwicklungen in unser tägliches Leben integriert werden, scheint hier keine Ausnahme darzustellen. Heutzutage spricht jeder über eCommerce, eGovernment, eBudgeting, Cyber-Geldwäsche, elektronische

Geldüberweisungen, elektronische Steuern, etc. Wird dadurch Bestehendes ersetzt, oder wird zur Zeit lediglich eine neue Möglichkeit hinzugefügt, ohne bislang die bereits existierenden in großem Rahmen zu ersetzen (und somit auch ohne wirtschaftliche Katastrophen zu verursachen)?

Traditionelle Aufgaben verschmelzen im Zuge der "Elektronisierung" unter einer Reihe von Begriffen, die mit dem Kürzel "e-" versehen sind: sie mögen vielleicht modern aussehen, sind aber unter Umständen nicht ganz so neu, wie sie es vorgeben. Eines steht jedoch fest: alle diese "e-Begriffe" schaffen ein großes Maß an "e-Verwirrung".



Elektronisierung, Globalisierung und die Auswirkungen auf die Verwaltung

Das Internet wird nicht durch nationale Grenzen eingeschränkt — es ist eine globale Einrichtung. Obwohl es schon seit Jahrhunderten Globalisierungsprozesse gibt, haben die Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie die Globalisierung, die Integration der Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit sowie die Integration von Informationen über diese Märkte selbstverständlich beschleunigt. Innerhalb dieses allgemeinen Trends lassen sich unterschiedliche Auswirkungen auf die Verwaltungen beobachten, die von der Funktion der betreffenden Verwaltung abhängen.

Im Hinblick auf IT-Entwicklungen müssen Verwaltungen eine zweifache Funktion erfüllen. Erstens sind Verwaltungen Benutzer von Informationstechnologie. Wenn man ein wenig im Internet surft, wird man auf viele Verwaltungen stoßen, die auf diesem Wege ihre Dienste anbieten — eine Methode, die als eGovernment bezeichnet wird. Verwaltungen nutzen das Internet, um ihre Dienste anzubieten und Informationen über ihre Produkte zu veröffentlichen, und werden dadurch für ihre Bürger transparenter.

Die aktuelle Fachliteratur bietet bereits einen Entwicklungspfad zur Nutzung des Internets für alle Arten von Dienstleistungen, einschließlich Verwaltungsdienstleistungen. Zunächst dient das Internet als Mittel zur Veröffentlichung und

Bekanntmachung von Informationen. In weiterer Folge wird es dann zum Zwecke des Informationsaustauschs genutzt. Nach einer Weile wird es zum ausschließlichen Kommunikationsmedium, und der nächste Schritt ist die Integration von Front Office und Back Office. Schließlich wird alles über das Internet abgewickelt: eine komplette e-Transaktion.

Meiner Ansicht nach kann die zunehmende Nutzung des Internets die Verwaltungen in ihrer ersten Funktion als Benutzer von Informationstechnologie stärken. Zum Beispiel können Verwaltungen ihren Bürgern durch einen Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie einen Austausch der besten Vorgangsweisen auf nationaler und internationaler Ebene bessere Dienstleistungen zur Verfügung stellen; die Bürger sind gut informiert, motivieren die Verwaltungen zu weiteren Verbesserungsmaßnahmen und sind stolz auf die Leistungen, die ihre Verwaltung im Vergleich zu anderen erbringt.

Die zweite Funktion der Verwaltung ist jene eines Regulators, Entscheidungsträgers und Beschützers. In dieser Funktion kann die Informationstechnologie die Rolle der Verwaltung schwächen. Durch die Globalisierung steigt die Nachfrage nach internationalen Kooperationen bei transnationalen Aktivitäten, sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht. In negativer Hinsicht fördert die Globalisierung das organisierte Verbrechen, den Waffen- und Menschenhandel, Geldwäsche, schnelle Kapitalverschiebungen und andere schädigende Aktivitäten. Die Verwaltungen sind immer noch nicht in der Lage, diese negativen Folgen der Globalisierung zu kontrollieren. Dazu wäre ein Grad an internationaler Kooperation erforderlich, der nur sehr schwer zu erreichen ist, vor allem wenn die Kooperation auf internationaler Ebene ebenso rasch umgesetzt werden soll wie auf nationaler Ebene. Es ist nur allzu offensichtlich, dass sich internationale Entscheidungsprozesse nicht gerade durch eine hohe Geschwindigkeit auszeichnen. Daher glaube ich, dass die Globalisierung die Verwaltungen in ihrer Funktion als Regulator, Entscheidungsträger und Beschützer in den kommenden Jahren möglicherweise schwächen wird. Statistiken der Interpol zeigen zum Beispiel, dass 10 % aller Verbrechen transnationaler Natur sind, und es wird erwartet, dass dieser Prozentsatz noch dramatisch ansteigen wird. In einem Interview für das niederländische Fernsehen meinte Pino Arlacchi, Vorsitzender der Sondereinheit der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Kriminalität, dass sich seiner Ansicht nach drei gefährliche Entwicklungen abzeichnen: die weitere Globalisierung des organisierten Verbrechens; die zunehmende Ausgereiftheit der Geldwäschemechanismen; und die wachsende Instabilität in allen Ländern als Folge einer Kombination aus organisiertem Verbrechen, politischer Korruption und Geldwäsche.

Es gab allerdings auch einige positive Entwicklungen. Im Dezember 2000 nahmen rund 40 Verwaltungen in der italienischen Stadt Palermo an einer UNO-Konferenz zum Thema Kriminalität teil. Die Konferenzteilnehmer beschloss, vier Arten von Straftaten in ihren nationalen Gesetzen zu kriminalisieren: Beteiligung an einer Verbrechenorganisation, Geldwäsche, Korruption und Behinderung der Justiz. Die folgende Tabelle fasst die Funktion und die möglichen Folgen von eGovernment im Kontext der Globalisierung zusammen.

Tabelle 1: Globalisierung von eGovernment	
Funktion von eGovernment	Folgen von eGovernment
Verwaltung als Benutzer	mögliche Stärkung der Verwaltung
Verwaltung als Regulator, Entscheidungsträger und Beschützer	mögliche Schwächung der Verwaltung

Die Rolle der ORKB im Kontext von eGovernment

Grundsätzlich kontrollieren ORKB die Wirksamkeit ihrer eigenen Verwaltung. Wenn aber die Globalisierung die Verwaltungen zu einer internationalen Zusammenarbeit “zwingt”, können die ORKB es sich nicht leisten, hinter dieser Entwicklung zurück zu bleiben. Sie müssen sich vielmehr aktiv an diesem Prozess beteiligen. Die Rolle, die die ORKB bei den Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie spielen, hängt von der Rolle der jeweiligen Verwaltung ab. ORKB sind bereits bestens mit der Rolle von Verwaltungen als Benutzer von Informationstechnologie vertraut. Sie prüfen die Nutzung von Informationstechnologie seitens der Verwaltung und drängen die Verwaltungen, größeren Gebrauch davon zu machen. Auf internationaler Ebene bieten Foren, wie zum Beispiel der Ständige Ausschuss für EDV-Prüfung der INTOSAI, den ORKB die Möglichkeit, Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

Der Beitrag der ORKB zur Funktion der Verwaltung als Regulator und Entscheidungsträger in Bezug auf Entwicklun-

gen im IT-Bereich und als Beschützer ihrer Bürger ist dagegen nicht so klar definiert. ORKB haben diesbezüglich noch keine eindeutige Position eingenommen. Meiner Meinung nach sollten ORKB ihre Verwaltungen bei der Umsetzung ihres schwierigen Globalisierungsvorhabens unterstützen. Allerdings müssen ORKB, um eine solche Unterstützung leisten zu können, selbst zu globalen Akteuren werden—sie müssen für sich selbst eine global anerkannte Bezeichnung auswählen und unter dieser Bezeichnung präsent sein.

Zur Zeit stellt dies noch ein Problem dar. Es gibt in meinem eigenen Land, wie auch in anderen Ländern, zahlreiche Menschen, die nicht wissen, wofür die Bezeichnung “Oberste Rechnungskontrollbehörde” steht. In den Niederlanden manifestiert sich dieses Unwissen beispielsweise darin, dass uns junge Leute bei Ihren Stellenbewerbungen übergehen. Es hat oft den Anschein, dass ORKB in ihrer eigenen kleinen Welt agieren und sich beinahe davor fürchten, über die Mauern ihres selbstauferlegten “Gefängnisses” hinaus zu blicken.

Einen globalen Namen für ORKB zu finden, bedeutet auch ein globales Bekenntnis zu unseren Werten und Zielsetzungen. ORKB müssen sowohl nach innen als auch nach außen klar definieren, auf welche Weise sie ihre Aufgaben erfüllen. Globalisierung bedeutet, dass ORKB (und ihre Organisationen, wie die INTOSAI und deren regionale Arbeitsgruppen) ihre Sichtbarkeit durch globale Kommunikation—Namen, Logos, Schlagworte, Bilder und Produkte—verstärken müssen. Zur Erreichung dieses Ziels ist es unter Umständen erforderlich, unsere eigenen internationalen Entscheidungsprozesse neu zu gestalten und deren Qualität und Geschwindigkeit zu erhöhen.

(Anm. d. Red.: Die Autorin möchte Bernadette Schomaker für ihren Beitrag zu diesem Editorial danken.)

Kurzmitteilungen

Barbados

Jahresbericht

Die Rechnungskontrollbehörde von Barbados hat am 29. Dezember 2000 dem Parlament ihren Jahresbericht für das Jahr 2000 vorgelegt. Der Bericht beinhaltet vor allem Feststellungen aus den Prüfungen der Jahresabschlüsse sowie der Rechnungsführung der Ministerien und Verwaltungsdienststellen.

Im Bericht wurde auf Fehler im Jahresabschluss des Accountant General sowie auf die Probleme bei der Feststellung und Korrektur dieser Fehler und auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Innenrevisionskapazitäten dieser Dienststelle hingewiesen.

Der Bericht behandelte auch das Problem, dass mehrere für die Haushaltsführung verantwortliche Stellen es verabsäumt haben, ihre Bücher mit den Unterlagen des Accountant General abzustimmen. Aufgrund dieses Versäumnisses blieben einige Buchungsfehler unentdeckt, und es wurden inkorrekte Abschlüsse erstellt und vorgelegt.

Einige Haushaltsbeauftragte verabsäumten es auch, fristgerecht eine Zentralrechnung vorzulegen, wie es vom Gesetz her vorgesehen ist. Dieses Versäumnis hindert den Auditor General daran, Prüfungen zeitgerecht durchzuführen und den jeweiligen Jahresabschluss zu bestätigen.

Der Bericht hob einige Fälle von Regelwidrigkeiten und Mängeln bei der internen Kontrolle in Ministerien und Verwaltungsdienststellen hervor, wie zum Beispiel fehlende Aufstellungen der Einnahmenrückstände, die mangelnde Abstimmung von Bankkonten, eine schlechte Auftragsabwicklung im Hinblick auf die Sicherstellung der Vertragserfüllung durch den Auftragnehmer vor Zahlungsleistung sowie eine mangelhafte Buchführung in Bezug auf das Anlagevermögen.

Europäische Union

Leitlinien für die Anwendung der INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle in Russisch und Arabisch verfügbar

Die Europäischen Leitlinien für die Anwendung der INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle wurden in alle Amtssprachen der Europäischen Union (EU) sowie in eine Reihe von mittel- und osteuropäischen Sprachen übersetzt und können auf der Website des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) abgerufen werden (<http://www.eca.eu.int>). Vor kurzem wurden die Leitlinien ins Russische und Arabische übersetzt und stehen somit nun einem größeren Kreis von INTOSAI-Mitgliedern zur Verfügung.

Die Leitlinien stellen eine gemeinsame fachliche Grundlage dar, die von allen ORKB der EU im Rahmen ihrer jeweiligen Prüfungsmethoden auf Wunsch übernommen werden kann. Insgesamt spiegeln die Leitlinien in groben Zügen die wesentlichen Merkmale sämtlicher, innerhalb der EU existierender Traditionen und Organisationsstrukturen der öffentlichen Finanzkontrolle wieder. In einigen EU-Mitgliedstaaten verwenden die ORKB auf nationalen Prüfungsnormen beruhende Prüfungsansätze, die sich auf den ersten Blick scheinbar nicht an den INTOSAI-Richtlinien orientieren. Allerdings sind die betreffenden nationalen Prüfungsnormen in vielen Fällen eng mit den Internationalen Prüfungsnormen der International Federation of Accountants (IFAC) verwandt. Aus diesem Grund berücksichtigte die Arbeitsgruppe eine vom Europäischen Rechnungshof durchgeführte vergleichende Studie der INTOSAI- und IFAC-Richtlinien, die besagte, dass zwischen diesen beiden Gruppen von Richtlinien zwar Unterschiede hinsichtlich ihrer Detailliertheit und ihrer Terminologie bestünden, diese Unter-

schiede jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf die den jeweiligen Richtlinien zu Grunde liegenden Prüfungsmethodologien hatten. Daher kam die Arbeitsgruppe zu dem Schluss, dass die europäischen Umsetzungsleitlinien von allen ORKB der EU-Staaten angewendet werden könnten.

Gegenwärtig sind in der EU zahlreiche Entwicklungen zu beobachten, die die öffentliche Finanzkontrolle und das Umfeld, in dem diese durchgeführt wird, entscheidend beeinflussen werden. Zu den wichtigsten zählen vielleicht jene Maßnahmen, die im Hinblick auf die EU-Erweiterung gesetzt wurden, vor allem die in den mittel- und osteuropäischen Ländern und in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten getroffenen Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft bei der EU. Die Anwendungsleitlinien leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der ORKB dieser Länder bei ihren Vorbereitungen für die EU-Mitgliedschaft.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Direktor, Dienststelle Außenbeziehungen und juristischer Dienst, Europäischer Rechnungshof, 12 rue Alcide De Gasperi, L-1615 Luxemburg, Tel.: +352 4398 45812 oder 45410, Fax.: +352 4398 46812 oder 46430, e-mail: chris.kok@eca.eu.int, Internet: www.eca.eu.int.

Kanada

Neuer Auditor General

Sheila Fraser wurde am 31. Mai 2001 zum neuen Auditor General von Canada ernannt. Fraser hat dieses Amt bereist seit 29. März 2001, nach Beendigung der 10-jährigen Amtszeit von Denis Desautels, interimistisch bekleidet. Sheila Fraser wurde am 16. September 1950 geboren. Sie schloss ihr Studium an der McGill University 1972 mit dem Grad eines Bachelor of Commerce ab, wurde 1974 Wirtschaftsprüferin und erhielt 1994 den Titel eines FCA.

Im Januar 1999 begann Sheila Fraser ihre Tätigkeit bei der Obersten Rechnungskontrollbehörde als Stellvertreterin des Auditor General im Bereich der Prüfungsdurchführung. Sie war maßgeblich an der strategischen Planung der Behörde, der Entwicklung von Verfahrensweisen und Programmen, der Ressourcenallokation und anderen hochrangigen Führungsaufgaben beteiligt. In ihren Verantwortungsbereich fiel die Überprüfung von Prüfungsfeststellungen mit dem Ziel, die Art und Reichweite der Probleme in den geprüften Stellen zu bestimmen und diese dem Auditor General vorzutragen. Weiters zählte es zu ihren Aufgaben, im Namen des Auditor General Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse von im Besitz der Krone befindlichen Unternehmen und anderen eigenständigen Behörden zu unterzeichnen.

Bevor sie ihr Amt bei der ORKB antrat, war Sheila Fraser mit großem Erfolg für Ernst & Young tätig, wo sie 1981 Partnerin wurde. Im Stadtbüro in Quebec war sie für ein breites Spektrum von Klienten aus dem privaten und öffentlichen Sektor verantwortlich. Im Rahmen von einigen Aufträgen arbeitete sie auch mit dem Auditor General von Quebec sowie mit einigen anderen Dienststellen der Verwaltung von Quebec zusammen.

Sheila Frasers berufliche Tätigkeit erstreckte sich schon seit jeher sowohl auf die regionale als auch auf die nationale Ebene. Für ihre herausragenden Dienste auf dem Gebiet der Wirtschaftsprüfung und des Rechnungswesens erhielt sie 1993 den Prix Émérite. 1994 wurde ihr der Titel "Fellow" vom Ordre des comptables agréés du Québec verliehen, und im Jahr 2000 wurde sie vom Institute of Chartered Accountants von Ontario mit diesem Titel ausgezeichnet. Sie ist Trägerin der Medaille des Generalgouverneurs zur Feier des 125-jährigen Bestehens Kanadas und ist Mitglied des Public Sector Accounting Board des Canadian Institute of Chartered Accountants.

Der ehemalige Auditor General veröffentlicht einen Bericht über seine 10-jährige Tätigkeit im Dienste des Parlaments.

Im Februar 2001 veröffentlichte der damalige Auditor General von Kanada, Denis Desautels, seinen letzten Bericht an das Parlament mit dem Titel *Reflections on a Decade of Serving Parliament* (Überlegungen zu 10 Jahren im Dienste des Parlaments). In diesem Bericht erörtert Desautels die Fortschritte, die bei der Behandlung der prioritären Bereiche erzielt wurden, die seine 10-jährige Amtszeit als Auditor General geprägt haben: Verschuldung und Haushaltsdefizit, die gegenwärtige Lage im öffentlichen Dienst, Veränderungen in der Verwaltungsstruktur, die Rechenschaftspflicht der Führungsebene und das Parlament, Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie die Erbringung von Dienstleistungen für die kanadischen Bürger (vor allem die Durchführung von Steuerprogrammen und die Problematik der indigenen Völker). Abschließend meint er: "Die Herausforderungen, mit denen die Führungsebene in der Bundesverwaltung nach wie vor konfrontiert ist, lassen sich einfach zusammenfassen: eine fortlaufende Überprüfung von Programmen, eine sinnvolle Rechenschaftspflicht und eine bessere Finanz- und Personalwirtschaft. Ich würde der Verwaltung —und dem neuen Auditor General—dazu raten, diese Themen beim Festlegen der Prioritäten vorrangig zu behandeln." Der Bericht ist in elektronischer Form unter www.oag-bvg.gc.ca verfügbar. Gedruckte Exemplare des Berichts oder anderer Publikationen der ORKB sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Canada, 240 Sparks Street, Stop 10-1, Ottawa, ON K1A 0G6, Kanada, e-mail: distribution@oag-bvg.gc.ca.

Nepal

Neuaufgabe des Prüfungshandbuchs

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde des Königreichs Nepal hat vor kurzem eine aktualisierte Version ihres Handbuchs für Wirtschaftlichkeitsprüfungen herausgegeben, dessen erste Fassung 1995 erstellt und angenommen wurde. Das neue Handbuch beschäftigt sich mit verschiedenen ausgewählten Prüfungsthemen: Prüfungsplanung, Prüfungsakzeptanz und Prüfungsdurchführung, Berichterstattung, Dokumen-

tation, Qualitätsprüfung und Follow-up. Die praktische Anwendbarkeit des neu aufgelegten Handbuchs wurde im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung von drei Pilotprojekten getestet und anhand des dabei erhaltenen Feedbacks weiter überarbeitet. Die Weltbank leistete technische Unterstützung bei der Ausarbeitung des aktualisierten Handbuchs.

Gemeinsame Schulungsprogramme von Nepal und Indien

Die ORKB von Nepal organisierte den dritten und vierten Teil des gemeinsam mit Indien durchgeführten Prüfungsschulungsprogramms von 17. Juli bis 18. August 2000 bzw. vom 3. bis 13. April 2001 in Katmandu. Der Auditor General des Königreichs Nepal, Bishnu Bahadur K.C., eröffnete beide Veranstaltungen, die den Teilnehmern die Möglichkeit boten, Ideen auszutauschen, Indiens Erfahrungen in Bezug auf diverse Prüfungsaspekte zu erörtern und ihr Prüfungspotential zu verbessern.

35 Teilnehmer nahmen am dritten Teil des gemeinsamen Schulungsprogramms teil, das aus einem 4-wöchigen Seminar für Prüfungsbeamte und Abteilungsleiter bestand. Als Themen wurden auf diesem Seminar unter anderem Prüfungsrichtlinien, die Prüfung von öffentlichem Bauwesen und öffentlicher Beschaffung, Einnahmenprüfung und die Prüfung der Zentralrechnung behandelt. Die Vortragenden waren vier hochrangige Beamte der ORKB von Indien – die leitenden Direktoren Revathy Iyer und P.K. Jena sowie die Direktoren Mahua Pal und Alok Ojha.

An der vierten Phase des Schulungsprogramms nahmen 11 Assitant Auditor Generals und 24 Abteilungsleiter teil. Zu den Themen, die während des 2-wöchigen Seminars erörtert wurden, zählten Prüfungsrichtlinien, Prüfungen zur Aufdeckung von Betrugsfällen, Prüfungen von geberfinanzierten Projekten, Einnahmenprüfung sowie verschiedene Aspekte in Bezug auf Steuerfragen und Prüfungen auf dem Unternehmenssektor. Zu den Gastvortragenden dieses Seminars zählten P.K. Mukhopadhyay und Mukuseh Arya sowie weitere hochrangige Verwal-

tungsbeamte und Projektleiter von geberfinanzierten Projekten.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, Babar Mahal, Katmandu, Nepal, e-mail: Oagnp@mail.com.np

Philippinen

Neuer Vorsitzender der Prüfungskommission tritt sein Amt an

Am 19. Februar 2001 wurde Guillermo N. Carague zum sechsten Vorsitzenden der Prüfungskommission und 12. Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Philippinen seit dem Amtsantritt der Commonwealth-Regierung im Jahre 1935 ernannt.

Als Jurist und Wirtschaftsprüfer bringt Carague für sein neues Amt weitreichende Führungserfahrung auf dem Gebiet der Haushaltsführung und im Bereich Finanzinstitutionen mit, die er sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst sammeln konnte. Bevor er eine Laufbahn im öffentlichen Dienst einschlug, war er aktiver Partner in der Wirtschaftstreuhand- und Managementberatungskanzlei SyCip, Gorres Velayo and Company (SGV) und bei Arthur Andersen, wo er Aufträge der Verwaltung, privater Unternehmen und multinationaler Institutionen wie der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank durchführte. Er verfügt über umfassende Erfahrungen in den Bereichen Projektentwicklung, Haushaltsführung, Organisations- und Institutionsentwicklung, strategische und langfristige Planung, Management von Informationssystemen und Sozialleistungsprogramme für Arbeitnehmer. Carague bekleidete auch verschiedene Posten in der öffentlichen Verwaltung. Von 1986 bis 1992 war er Staatssekretär und anschließend Minister für Staatshaushalt und staatliche Wirtschaftsführung, und von 1993 bis 1999 war er Mitglied des Liquidatorenremiums und des Währungsausschusses der philippinischen Zentralbank.

Weiters führte er den Vorsitz in verschiedenen Verwaltungsausschüssen, wie zum Beispiel im Koordinationsausschuss für den Entwicklungshaushalt,

der Nationalen Behörde für Wirtschaftliche Entwicklung (NEDA), dem Ausschuss für den offenen Markt, der philippinischen Zentralbank, dem Gremium zur Verbesserung der Produktivität der Verwaltung, dem Informationssystem für Haushaltsführung, dem Ausschuss für lokale Verwaltungseinheiten, dem Ausschuss für staatliche Universitäten und Hochschulen und dem Aktionskomitee des Kabinetts zu Dezentralisierungsfragen.

Carague war auch außerordentlicher Lektor am Institut für die mittelständische Wirtschaft sowie an der juristischen Fakultät der Universität der Philippinen und unterrichtete an der University of the East.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Commission on Audit, Commonwealth Avenue, Constitution Hill, Quezon City, Philippinen, e-mail: Catli@pacific.net.ph.

Schweiz

Jahresbericht 2000 veröffentlicht

Einer der wesentlichsten Punkte, die vom Jahresbericht 2000 der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) hervorgehoben wurden, war die Tatsache, dass die Wichtigkeit wirkungsvoller Innenrevisionssysteme bei der Durchführung von Prüfungen weitgehend vernachlässigt wird. Obwohl solche Systeme betrügerische Handlungen oder die unwirtschaftliche und unzweckmäßige Verwendung von Ressourcen nicht gänzlich verhindern können, sind sie doch in der Lage, die Risiken solcher Vorfälle erheblich zu vermindern.

Im Bericht heißt es weiters, dass eine wichtige, aus dem Vorjahr stammende, offene Prüfungsfrage in Verbindung mit dem Schweizer Pensionsfonds geklärt werden konnte. In Folge dessen ist das Parlament nun in der Lage, den Jahresabschluss zum ersten Mal in 10 Jahren ohne Vorbehalt anzunehmen.

Die EFK wollte auch nicht bis zum Abschluss der Prüfungsverfahren warten, um über einen Fall von Unterschlagung in der ETH Zürich sowie über zu hohe Bundeszuschüsse für Asylan-

gelegenheiten zu berichten. Die EFK informierte die zuständigen Behörden über diese Vorfälle und erstellte einen Bericht für den gemeinsamen Finanzausschuss des Schweizer Parlaments, die zuständigen Ressortleiter sowie den Leiter des Eidgenössischen Finanzdepartements.

Die EFK hat Arbeitsgruppen eingerichtet, die gemeinsam mit kantonalen Rechnungskontrollbehörden durchgeführte Aufgaben nach einer Reihe von einheitlichen Kriterien bewerten sollen. Nachdem der EFK die führende Rolle bei der Finanzaufsicht der öffentlichen Verwaltung zukommt, wird sie sich nicht nur an der Ausbildung von Finanzinspektoren und Rechnungsprüfern beteiligen, sondern auch verschiedene Aufgaben in Sonderorganisationen, Weiterbildungsinstituten und auf internationalen Veranstaltungen übernehmen.

Was internationale Angelegenheiten betrifft, so wird im Bericht festgestellt, dass die EFK in regelmäßigem Kontakt mit ausländischen Rechnungskontrollbehörden steht und sich an einem gezielten Erfahrungsaustausch mit den Rechnungskontrollbehörden von Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden beteiligt.

Die fortgesetzte Modernisierung der Verwaltung und die Einführung moderner Führungswerkzeuge erfordern eine laufende Weiterentwicklung der Rechnungsprüfungspraktiken. Die EFK muss weitere Anstrengungen unternehmen, um Schlupflöcher im Prüfungswesen zu stopfen und die Wirtschaftlichkeitsprüfung zu einem Eckpfeiler ihrer Prüfungstätigkeit zu machen. Die Entwicklung von Prüfungsansätzen und Prüfungsmethoden stellt eine weitere Herausforderung für die EFK dar, die nur mit fachlich qualifizierten Mitarbeitern bewältigt werden kann. Das Ziel der EFK ist es, sich auf dem Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber, der über ein anspruchsvolles Stellenangebot verfügt, zu präsentieren.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Kurt Grüter, Direktor, EFK, Bundesgasse, 3003 Bern, Schweiz, e-mail: Sekretariat@efk.admin.ch.

Internationales Konsortium über staatliche Haushaltsführung

Alljährliche Internationale Konferenz

Vom 2. bis 6. April 2001 kamen 445 Vertreter aus 61 Ländern in Miami, Florida, zur 15. alljährlich stattfindenden Internationalen Konferenz über Neue Entwicklungen im Bereich der staatli-

chen Haushaltsführung zusammen. In diesem Jahr untersuchte die Konferenz die "Auswirkungen von eGovernment auf die Haushaltsführung: Korruptionsrisiken und Nutzen der Kontrolle". Viele ORKB nahmen an dieser Veranstaltung teil. Zu den Vortragenden zählten Dr. Arpad Kovacs, Präsident der ORKB Ungarns, Gregorio Guerrero Pozas, Auditor General von Mexiko sowie David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten von Amerika.

Einheit und Gemeinschaft als Leitmotive des IDI-Symposiums für Schulungsexperten

Das Symposium der Schulungsexperten der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI), das von 3. bis 9. Juni 2001 in der norwegischen Hauptstadt Oslo stattfand, stand diesmal ganz im Zeichen der Themen Einheit und Gemeinschaft. Zum ersten Mal in der 48-jährigen Geschichte der INTOSAI, kamen auf dieser Veranstaltung 158 Schulungsexperten aus 82 Ländern zusammen, um während dieser 4 Tage gemeinsam neue Kenntnisse zu erwerben, sich auszutauschen und Netzwerke zu bilden. Das Symposium war die erste Gelegenheit, bei der IDI-Mitarbeiter aus allen Regionalorganisationen der INTOSAI, in denen das langfristige Schulungsprogramm der IDI umgesetzt wurde, zusammentrafen. Außerdem diente das Symposium als Ausgangspunkt für die Umsetzung des zweiten Ziels, das die IDI in ihrem strategischen Plan für 2001-2006 festgehalten hat, „...die Einrichtung und/oder Stärkung eines Netzwerks von Schulungsexperten“.

Das Symposium wurde offiziell von Bjarne Mork-Eidem, dem Auditor General von Norwegen und Vorsitzenden der IDI, eröffnet. In seiner Begrüßungsrede bot Mork-Eidem einen Überblick über das Programm des Symposiums und stellte die Veranstaltung in einen größeren Kontext, als er meinte, dass „der Zweck unseres internationalen Symposiums darin bestehe, Themen zu diskutieren, die sowohl für unsere nationalen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) als auch für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der INTOSAI von großer Wichtigkeit sind. Unsere gemeinsamen beruflichen Herausforderungen liegen darin, Mittel und Wege zu finden, um den Grad an Fachkompetenz in den ORKB von Entwicklungs- und Schwellenländern zu erhöhen. Die für das Symposium ausgewählten Themen spiegeln sowohl die Problematik der sich ständig weiterentwickelnden Schulungsmethodologien als auch die Brisanz aktueller und essenzieller Fragen wider“. Im Anschluss an die Rede von Bjarne Mork-Eidem wurden die Teilnehmer des Eröffnungsempfangs am Sonntag abend auch von der Parlamentsabgeordneten Hilde Frafjord Johnson begrüßt, die sehr eloquent über die Aufgabe der internationalen Entwicklungshilfe sprach, die darin bestehe, die Lebensqualität der Bewohner der Empfängerländer zu verbessern, und auf die entscheidende Rolle hinwies, die den staatlichen Rechnungsprüfern durch ihre Tätigkeit im Bereich der Haushaltsführung und der Rechenschaftspflicht bei der Unterstützung dieser Mission zukommt.

Das Fachprogramm begann am Montag Vormittag mit dem Hauptvortrag von Tove Strand, der Generaldirektorin der norwegischen Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (NORAD). Strand beschrieb das von der NORAD zu Beginn der 90er Jahre entwickelte Leitprinzip der „Empfängerverantwortung“, das die Grundlage für ihre Entwicklungsarbeit bildet. „Das Prinzip der Empfängerverantwortung“, so

Strand, „besagt, dass ein möglichst großer Teil der Macht und des Einflusses, der mit der Geberfinanzierung verbunden ist, auf unsere Partner in den Entwicklungsländern übertragen wird. Diese Strategie bedeutet auch, dass wir zur Erreichung unserer entwicklungspolitischen Ziele versuchen müssen, eine gleichberechtigte Partnerschaft aufzubauen, die auf einer klaren Trennung von Aufgaben und Pflichten beruht. Diese Vorgehensweise ist die Grundlage für einen realistischeren Dialog darüber, welchen Beitrag Norwegen leisten kann und wofür unsere Partner selbst die Verantwortung übernehmen müssen“.

Strands Hauptvortrag und das Prinzip der Empfängerverantwortung wurden in den zahlreichen Symposiumsitzungen, die im Anschluß daran stattfanden, aufgegriffen und weiter erörtert. Bei jeder der äußerst interaktiven Sitzungen, die im folgenden kurz dargestellt sind, beteiligten sich die Teilnehmer aktiv an der Vorbereitung, der Präsentation bzw. der Diskussion der Themen; die regionalen Schulungsexperten agierten sowohl als Leiter und Teilnehmer der Sitzungen und waren somit zugleich Lehrer und Lernende.

Sitzungen mit Schwerpunkt auf Vernetzung und Fachkenntnissen

Aufbau von Netzwerken und Gemeinschaften

Die Sitzung, die im Anschluss an Tove Strands Vortrag folgte, war die erste eines dreiteiligen Programmschwerpunkts zum Thema Aufbau von Netzwerken, der von Rick Steele geleitet wurde und für drei Tage anberaumt war. Steele, der in vielen Regionen als einer der führenden Instrukturen des langfristigen Schulungsprogramms der IDI tätig war, hatte die Übungen für diese Sitzung zur Förderung der Zusammenarbeit und der Vernetzung zwischen den einzelnen Regionen entworfen. Der erste Programmpunkt am Montag Vormittag mit dem Titel „Grenzen abbauen – Zusammenhalt schaffen“ bot den Teilnehmern die Gelegenheit, mit Kollegen aus anderen Regionen zusammenzutreffen, persönliche und berufliche Informationen auszutauschen und Beziehung aufzubauen. Dieser Einführungsveranstaltung, die zur Beseitigung von Sprach- und Kulturbarrieren beitragen sollte, gelang es, die ersten überregionalen Verbindungen und Beziehungen unter den Teilnehmern entstehen zu lassen.

Die zweite Sitzung zum Thema Vernetzung fand am darauf folgenden Tag statt. Darin wurden die Teilnehmer aufgefordert, Kollegen aus anderen Regionalorganisationen zu benennen, die die Basis für ein globales Netz oder eine Gemeinschaft von Schulungsexperten mit gemeinsamen Zielen und Interessen bilden könnten. Diese Übung wurde am Mittwoch in einem Forum fortgesetzt, in dem Vertreter aller

teilnehmenden Regionalorganisationen gemeinsame Probleme und Aufgaben identifizierten und Vorschläge zu deren Lösung im Hinblick auf eine Stärkung der Ausbildung im Prüfungsbereich innerhalb aller Regionalorganisationen machten.

Auch die norwegischen Gastgeber und Organisatoren des Symposiums leisteten ihren Beitrag zum Aufbau von Netzwerken, indem sie die Teilnehmer dazu einluden, jeden Tag nach den offiziellen Sitzungen Mitarbeiter der norwegischen ORKB in ungezwungener Atmosphäre zu Hause zu besuchen. In Kombination mit dem offiziellen Programm, waren diese Besuche beim Aufbau von persönlichen Beziehungen während dieser Woche sehr hilfreich.

Aktueller Überblick über das IDI Programm und die geplante Website

Die nächste Sitzung wurde von Vortragenden aus dem Generalsekretariat der IDI gestaltet. Generaldirektor Magnus Borge bot einen Überblick über die jüngsten Initiativen der IDI, darunter auch der Umzug von Ottawa nach Oslo und die Annahme und Umsetzung des strategischen 5-Jahres-Plans. Um die Entwicklung der IDI seit ihrer Gründung im Jahr 1986 aufzuzeigen, führte Borge ein Interview mit Richard Gagné (dem früheren IDI Programmdirektor in Ottawa, der gegenwärtig die Funktion eines leitenden Beraters ausübt). Abschließend meinte Borge: "Die IDI hat sich von ihrer ausschließlichen Sekretariatsfunktion, die von 1986 bis 2000 hauptsächlich in der Organisation (und Veranstaltung) von Schulungskursen bestand, deutlich entfernt und hat einen neuen Ansatz für ihre Tätigkeit gefunden. Sie investierte eine große Menge an Ressourcen in den Aufbau von Schulungsinfrastrukturen, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Regionen und der nationalen ORKB zugeschnitten sind. Das IDI-Sekretariat in Norwegen möchte an die Leistungen unserer kanadischen Kollegen anknüpfen, um auf diese Weise eine kontinuierliche Weiterentwicklung von IDI Programmen und Aktivitäten zu gewährleisten, die auf der derzeitigen Schulungsinfrastruktur, auf neuen Technologien und dem Aufbau enger Beziehungen zu anderen Gremien der INTOSAI basieren".

Der neue technologische Schwerpunkt der IDI wurde von ihrem neuen Leiter des Bereichs Informationstechnologie, Patrick Callaghan, erläutert, der aus dem britischen National Audit Office zur IDI abgestellt wurde. Callaghan präsentierte verschiedene Vorhaben zur Förderung des Informations- und Kommunikationsbereichs innerhalb des strategischen Plans; dazu zählt auch die Ausarbeitung der viersprachigen Website, die Einrichtung eines elektronischen Schwarzen Bretts sowie die Erstellung einer elektronischen Version des Kursverzeichnisses der IDI.

Der Austausch von Wissen und Informationen war das Thema des Vortrags von Don Drach, dem Chefredakteur der *Internationalen Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle*, der über die Rolle dieser Zeitschrift als Instrument zur Förderung der Kommunikation und des Informationsaustauschs unter den INTOSAI Mitgliedern referierte. In seinem Vortrag betonte Drach, wie wichtig es sei, systematische Ansätze zu ent-

wickeln, um "die richtigen Informationen zur richtigen Zeit den richtigen Leuten zur Verfügung zu stellen", und sprach auch über eine aktuelle Umfrage unter den Lesern dieser *Zeitschrift*, mit deren Hilfe Ideen dafür, wie die *Zeitschrift* die INTOSAI und die IDI bei der Erreichung dieses Zieles unterstützen kann, gesammelt werden sollen.

Regionale Arbeitsgruppen diskutieren über gemeinsame Anliegen

Am Ende des ersten Tages des Symposiums standen verschiedene kleine Diskussionsrunden auf dem Programm, bei denen die Vertreter der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppen über aktuelle Probleme ihrer Region, über das Kursverzeichnis der IDI und den dazugehörigen Fragebogen sowie über das zuvor von Patrick Callaghan vorgestellte elektronische Schwarze Brett diskutierten. Das Kursverzeichnis wird als Teil der vierten Zielsetzung des strategischen Plans der IDI neu ausgearbeitet und soll in einer dynamischen Systemumgebung unter Verwendung der IDI Website veröffentlicht werden. Falls nötig, können Teile des Verzeichnisses ergänzend auch auf CD-ROM oder in gedruckter Form veröffentlicht werden. Indem man das Verzeichnis auf diese Weise zur Verfügung stellt, soll es sehr viel einfacher werden, rasch neue Einträge hinzu zu fügen oder bestehende zu aktualisieren sowie Zugang zu den elektronischen Versionen der Kursunterlagen zu erhalten. Da das Prinzip des Austausches von guten Vorgangsweisen im Schulungsbereich stets die Grundlage des Verzeichnisses bildete, beteiligten sich die Teilnehmer des Symposiums äußerst aktiv an einem Brainstorming, um einen solchen Austausch zu verwirklichen. Ergänzend wurden sie gebeten, einen Fragebogen zu diesem Thema auszufüllen.

Kulturübergreifende Themen, Evaluierung und eLearning

Der zweite Tag des Symposiums war einer Reihe interaktiver Sitzungen mit verschiedenen Gastvortragenden gewidmet. Die Eröffnungssitzung unter dem Titel "Kulturübergreifende Wirksamkeit" wurde von Richard Gagné und Fida Geagea von der IDI geleitet, die eine lebhaft Diskussions über interkulturelle Themen und über effektives Arbeiten in einem multikulturellen, globalen Umfeld moderierten. Wie bereits in früheren Sitzungen wurde festgehalten, dass die Wichtigkeit des Aufbaus und der Pflege enger beruflicher Verbindungen, die in persönlichen Beziehungen und Vertrauen wurzeln, einen Kernaspekt dieses Themas darstellt.

Eine zweiteilige Sitzung über die "Evaluierung des Schulerfolgs" wurde von Rita Gudziunas-Mankowski von der Obersten Rechnungskontrollbehörde Kanadas geleitet. Gudziunas-Mankowski, die bereits seit langem mit der IDI zusammenarbeitet, konzentrierte sich bei ihrem Referat auf die große Bedeutung des Evaluierungsprozesses und auf das Aufzeigen praktischer Möglichkeiten zur Messung des Schulerfolgs. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der regionalen Arbeitsgruppen, die über ihre Erfahrungen und über optimale Vorgangsweisen sprachen. Sechs Teilnehmer aus Burkina Faso, Japan, Neuseeland, Südafrika, Tunesien und Venezuela

berichtet über Erfahrungswerte aus ihren Regionen und antworteten auf Fragen und Kommentare.

Der Tag wurde mit einer provokativen Sitzung zum Thema "Herausforderungen beim eLearning" beendet, bei der die durch die neuen Technologien ermöglichten neuen Alternativen im Bereich Unterricht, Lernen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hervorhob. Die Vortragenden, Tone Loemo und Marit Lieng von der Wirtschaftsuniversität Norwegen, präsentierten innovative Methoden, um über nationale und regionale Grenzen hinweg ohne Rücksicht auf althergebrachte zeitliche Einschränkungen auf wirkungsvolle Weise zu kommunizieren und zu lernen.

Teilnehmer erörtern Prüfungsthemen aus den Bereichen Betrugsbekämpfung und Umwelt

Zwei Themen, die über politische und geographische Grenzen hinweg bestehen und die von essenzieller Bedeutung für staatliche Rechnungsprüfer sind – das Erkennen, Verhindern und Aufdecken von Betrugsfällen sowie Umweltprüfung – standen im Mittelpunkt des dritten Tages. Der Vormittag war einer interaktiven Sitzung zum Thema Betrug gewidmet. Einer der Vortragenden war Neil Papineau, der Direktor der Abteilung für forensische Prüfung der ORKB von Kanada. Wie schon zuvor bei der Evaluierungssitzung bildete auch hier eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Regionalorganisationen den Kernpunkt der Sitzung. Gegenstand der Diskussion waren die Folgen von Betrugsfällen für den öffentlichen Sektor und die von der Verwaltung gesetzten Gegenmaßnahmen. Zu den weiteren Themen zählten Fragen in Bezug auf die Integration dieser Problematik in die Schulungskurse. Unter den Podiumsmitgliedern waren Vertreter aus Argentinien, den Cook Inseln, Indonesien, Kamerun, Sambia und Tunesien.

Die Nachmittagssitzung beschäftigte sich mit dem Thema Umweltprüfung, über das Kanadas Regierungsbeauftragte für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung, Johanne Gelinas, referierte. Gelinas Ausführungen konzentrierten sich auf zwei wiederkehrende Aussagen: (1) Umweltprüfungen unter-

scheiden sich grundsätzlich nicht von anderen Wirtschaftlichkeitsprüfungen – eine Realität, der von den Schulungsexperten Rechnung getragen werden sollte; und, (2) auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Viele ORKB stehen auf diesem Gebiet erst am Beginn ihrer Arbeit, und in dieser Sitzung wurden einfache, praktische Maßnahmen vorgestellt, die im Grunde von jeder ORKB ergriffen werden können, um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen und auszuüben. Gelinas meinte, dass die Umweltprüfung ein wichtiges Werkzeug sei, um die Vorgangsweise des öffentlichen Sektors im Umgang mit globalen Problemen wie die Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft und die Zerstörung der Artenvielfalt auf diesem Planeten zu verbessern. Sie könne Verwaltungen auch beim Ausbau von Kapazitäten zur Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung helfen.

Schlussworte der norwegischen Verwaltung

Den Abschluss des Symposiums bildeten unter anderem die Schlussworte von Anne Kristin Sydnes, der norwegischen Ministerin für Internationale Entwicklung. Sydnes stellte ihre Worte in den Kontext großer internationaler Kooperationsprioritäten und nannte die Beseitigung der Armut als absolut vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit. Sie unterstrich die wichtige Rolle, die die ORKB dabei spielten, und nannte in diesem Zusammenhang vor allem drei Bereiche, die zur Verbesserung der Qualität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Norwegens beitragen: die Bekämpfung von Korruption, die Erhöhung der Prüfungskapazitäten in Entwicklungsländern und die Umsetzung von Umweltauvaluierungsverfahren. Am Ende ihrer Rede meinte Sydnes: "Ich hoffe, dass Sie nach diesem Symposium die Diskussionen und den Dialog über ihre bedeutende Rolle in der Staatsführung fortsetzen und neue Informationen, neue Werkzeuge und neue Inspirationen mit nach Hause nehmen werden".

Nähere Informationen über das Symposium und über das gesamte Spektrum der IDI Programme und Aktivitäten sind erhältlich bei: IDI, c/o Riksrevisjonen, Postbox 8130 Dep, N-0032 Oslo, Norwegen (Tel: 47 22 24 13 49; Fax: 47 22 24 10 24; e-mail: idi@idi.no).

ARABOSAI-Versammlung in Rabat

Die arabische Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (ARABOSAI) kam vom 24.-27. April 2001 in Rabat, in Marokko, zu ihrer 8. Generalversammlung zusammen. An dieser alle drei Jahre stattfindenden Veranstaltung nahmen 19 Oberste Rechnungskontrollbehörden aus Algerien, Ägypten, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten teil. Zwei ARABOSAI-Mitglieder, Somalia und die Komoren, waren verhindert. Neben den rund 75 Delegierten waren auch Beobachter des INTOSAI Generalsekretariats, der INTOSAI Entwicklungsinitiative, der Arabischen Liga, dem Arabischen Verband der Wirtschaftsprüfer, der Vereinigung französischsprachiger Oberster Rechnungskontrollbehörden, des niederländischen Rechnungshofs und dieser Zeitschrift anwesend. Die viertägige Tagung, die sowohl Geschäfts- und Fachsitzungen als auch ein gesellschaftliches und kulturelles Programm umfasste, bot allen Teilnehmern ausreichend Gelegenheit, um alte Freundschaften aufzufrischen, neue zu knüpfen und die beruflichen und persönlichen Beziehungen weiterzuentwickeln, die die Arbeit der ARABOSAI ganz im Geiste des Mottos der INTOSAI 'Experientia mutua omnibus prodest' erleichtern.

Eröffnungszeremonie mit einer Grußbotschaft des Königs

Der Höhepunkt der Eröffnungszeremonie war eine persönliche Grußbotschaft Seiner Majestät König Mohammed VI. an die Versammlung. In seiner Botschaft, die vom höchsten Berater des Königs vorgelesen wurde, hieß der König die Teilnehmer in Marokko willkommen und wünschte ihnen alles Gute für den weiteren Verlauf der Konferenz. In Anerkennung der bedeutenden Rolle, die der Finanzkontrolle im Hinblick auf Staatsführung und Rechenschaftspflicht zukommt, lobte der König in seiner Botschaft die Fortschritte, die die Mitgliedsländer in den letzten beiden Jahrzehnten erzielt hatten, und er ermunterte die ORKB, weitere Schritte zu setzen und im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit neben Ordnungsmäßigkeitsprüfungen auch ein vermehrtes Augenmerk auf Wirtschaftlichkeitsprüfungen und umfassende Prüfungen zu legen.

Im Anschluss daran begrüßte der Gastgeber und Präsident des marokkanischen Rechnungshofes, Abdessadeq El-Glaoui, die Teilnehmer. Er erklärte, dass diese Generalversammlung in einer Zeit stattfand, die von zahlreichen Veränderungen in Marokkos öffentlichen Sektor geprägt war, und dass im Zuge dieser Veränderungen auch neue Funktionen und Aufgaben für den Rechnungshof entstehen werden, wie zum Beispiel die Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für die Finanzkontrolle und die Einrichtung regionaler Prüfungsgremien. El-Glaoui dankte allen Teilnehmern sowie dem

Generalsekretariat der ARABOSAI und seinen Mitarbeitern für die Organisation der Veranstaltung. Weitere Eröffnungsrédner waren die Leiter der ORKB von Ägypten (Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, der ehemalige Vorsitzende des ARABOSAI-Präsidiums) und Tunesien (Mohamed Raouf Najar, der auch das Amt des Generalsekretärs der ARABOSAI bekleidet). In ihren Ausführungen unterstrichen sie die regionalen und globalen Herausforderungen, die eine Zusammenarbeit unter den einzelnen Ländern und ihren ORKB erforderlich machen, und erwähnten sowohl die zahlreichen Leistungen der ARABOSAI als auch die Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen dieses Gremiums.

Drei Fachthemen behandeln gemeinsame Fragen und Anliegen

Thema 1:

Wirtschaftlichkeitsprüfung im öffentlichen Dienst

Die Diskussionen zu diesem Thema wurden von Jordanien, das als Berichterstatter fungierte, und den Vereinigten Arabischen Emiraten als Vorsitzland geleitet. Die Sitzung begann mit einem umfassenden Überblick über die Länderpapiere, von denen die meisten die Tatsache betonten, dass die ORKB dieser Region über einen reichen Erfahrungsschatz im Bereich Wirtschaftlichkeitsprüfung verfügten und dass hier eine der Hauptprioritäten der ORKB für die Zukunft liegt. Obwohl hinsichtlich der Durchführung von Prüfungen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchaus einige Fortschritte erzielt wurden, bemerkten die Delegierten, dass Wirksamkeitsprüfungen weiterhin eine Herausforderung darstellten. Dieses Thema bildete auch den Schwerpunkt der offenen und lebhaften Diskussion, die im Anschluss folgte. Die Delegierten betonten, dass Wirksamkeitsprüfungen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen spielen, und formulierten konkrete Empfehlungen zur Stärkung ihrer Funktion, wie zum Beispiel die Einholung eines gesetzlichen Auftrags zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die Erlangung eines entsprechenden Grads an Unabhängigkeit von der Verwaltung und die Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel und gut ausgebildeten Personals zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Weiters wurde auf die essenzielle Bedeutung starker Innenrevisionsstellen in den Ministerien und Verwaltungsdienststellen, die auch über Kapazitäten für Wirtschaftlichkeitsprüfungen verfügen, hingewiesen. Gleichzeitig identifizierte die Versammlung eine Reihe von Schwierigkeiten bei der Ausübung dieser Funktion, wie das Fehlen von brauchbaren programmatischen Informationen und Daten in den geprüften Behörden, Schwierigkeiten bei der Beurteilung von Informationen und das Fehlen klar definierter Kriterien zur Evaluierung von Programmen. Eine ORKB beschrieb ihre in einem Zeit-

raum von 25 Jahren gesammelten Erfahrungen im Rahmen der Einführung und Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen und führte dabei folgende nützliche Praktiken an: Aufbau einer Zusammenarbeit mit den geprüften Stellen, Unterstützung der geprüften Stellen bei der Einrichtung einer starken Innenrevisionsstelle, Aufbau eines multidisziplinären Teams innerhalb der ORKB zur Planung und Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Einführung eines Systems zur Überwachung und Nachbereitung von Prüfungsempfehlungen und direkte Berichterstattung über die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfungen an das Parlament. Die Delegierten sprachen sich einstimmig für einen laufenden offenen Austausch von Meinungen und Erfahrungen, nicht nur innerhalb der Region, sondern auch auf internationaler Ebene, aus.

Thema 2: Prüfung staatlicher Unternehmen

Die Diskussionen zum zweiten Thema befassten sich mit der Prüfung staatlicher Unternehmen und anderer, nicht-staatlicher Behörden und wurden von Ägypten als Berichterstatter und Kuwait als Vorsitzland geleitet. Ägypten eröffnete die Sitzung mit einem Überblick über die wesentlichsten, in den Länderpapieren vorgebrachten Punkte. Unter dem Hinweis auf Probleme, die in ähnlicher Form bereits in den Diskussionen zu Thema 1 aufgezeigt wurden, wie zum Beispiel der fehlende Zugang zu Dokumenten und schlecht strukturierte Organisationen mit schwachen oder nicht vorhandenen Aufsichtsmechanismen, bemerkte ein Delegierter, dass in seinem Land "die Prüfer manchmal nicht einmal ein Organigramm für die geprüfte Stelle finden können" und in manchen Fällen die Gesetze, die die Grundlage für die Gründung dieser Art von Organisationen bildeten, "mündlicher und nicht schriftlicher Natur" waren. Die Delegierten kamen überein, dass es Aufgabe der ORKB sei, für ein gewisses Maß an Rechenschaftspflicht in diesem Bereich zu sorgen, und unterstrichen die Notwendigkeit, (1) das Wesen der jeweiligen Organisation, einschließlich die Art und die Höhe der von ihr erhaltenen staatlichen Subventionen, zu bestimmen, und dann (2) die Ziele dieser Organisation zu dokumentieren, um auf diese Weise Prüfungskriterien festzulegen. Da sich diese Organisationen per definitionem von Ministerien und Verwaltungsdienststellen unterscheiden, müssen die Mitarbeiter der ORKB dahingehend ausgebildet werden, deren Strukturen und Subventionsformen zu verstehen. Außerdem betonten die Delegierten, dass teilweise ein Bedarf an klaren und gut dokumentierten Vorschriften und Regelwerken für die Einrichtung und Führung dieser nicht-staatlichen Dienststellen bestehe. In manchen Fällen könnte dies eine Änderung bestehender bzw. die Einführung neuer Gesetze erfordern. Schließlich wurde festgestellt, dass solche Prüfungen vor allem in Organisationen mit eingeschränktem Tätigkeitsbereich nicht jährlich, sondern vielleicht nur alle drei oder fünf Jahre durchgeführt werden müssten.

Thema 3: Informationstechnologie im Prüfungswesen

Die ORKB von Saudi-Arabien (Berichterstatter) und Ägypten (Vorsitz) fungierten als Themenbeauftragte für diese

Problematik, die für alle ORKB von großem Interesse ist. Die Delegierten waren der Meinung, dass die Informationstechnologie vielleicht mehr als jeder andere Bereich die größten Herausforderungen und auch Möglichkeiten für ihre Institutionen birgt. In vielen Ländern müssen die ORKB feststellen, dass sie einen großen Nachholbedarf gegenüber den von ihnen geprüften Stellen haben, die in vielen Fällen einen höheren Automatisierungsgrad aufweisen und technologisch weiter fortgeschritten sind als die ORKB selbst. Bis zu einem gewissen Grad ist dieses Problem in der fehlenden Unabhängigkeit und dem Mangel an finanziellen Mitteln und ausgebildetem Personal verwurzelt, und die Delegierten gaben die einstimmige Empfehlung ab, dass die ORKB in solchen Fällen einen ausreichenden Grad an Unabhängigkeit anstreben müssen. Ein Delegierter erklärte, dass es in seinem Land erforderlich sei, Prüfungssoftware und andere Software, die von Verwaltungsbehörden erworben und benutzt wird, im gesamten Verwaltungsbereich zu vereinheitlichen und zu standardisieren, um so einen Zustand der allgemeinen Verwirrung und Konfusion, den er als "Turm zu Babel" im Softwarebereich bezeichnete, zu verhindern. Ein anderer Delegierter befürwortete diese Idee und schlug darüber hinaus Standardprozesse vor, die gegebenenfalls von allen Verwaltungsbehörden angewendet werden können, um so die Unterhaltung entsprechender Kontrollstellen zu ermöglichen. Weiters wurde der Vorschlag gemacht, eine Website für die Mitglieder der ARABOSAI einzurichten. Diese Website wäre ein nützliches Instrument für einen Austausch von Informationen, Erfahrungen und Kenntnissen unter den Mitgliedern.

Sitzung zu organisatorischen Fragen der ARABOSAI

Im Rahmen der Generalversammlung war eine Sitzung Referaten, Diskussionen und Beschlüssen zu einem breiten Spektrum von organisatorischen, fachlichen und geschäftlichen Belangen der ARABOSAI gewidmet. Der Großteil dieser Themen war im Jahresbericht des Generalsekretärs an die Mitglieder enthalten, der einstimmig angenommen wurde. Zu den im Schulungsbereich gefassten Beschlüssen zählte auch die Entscheidung, das dreijährige regionale Forschungs- und Schulungsprogramm fortzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit der IDI zu legen sowie ORKB-Mitarbeiter verstärkt in den Bereichen Auslandshilfe, Privatisierung, Umwelt und soziale Hilfsprogramme auszubilden.

Im Hinblick auf die Förderung der Kommunikationsziele der Region sowie der gesamten INTOSAI stimmten die Delegierten für eine Beibehaltung der arabischen Übersetzung der Internationalen Zeitschrift für öffentliche Finanzkontrolle, für eine Beibehaltung und Erweiterung des Arabisch-Englisch-Französischen Terminologieprojekts und eine Untersuchung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Kommunikation und der Vernetzung unter den Mitgliedern. Im Bereich Kommunikation wurden Preise für die besten Artikel vergeben, die in der Zeitschrift der ARABOSAI veröffentlicht worden waren: der erste Preis ging an Ägypten, der zweite an den Irak und der dritte an einen weiteren Artikel aus Ägypten.

Ein weiterer Programmpunkt war die Wahl der neuen Mitglieder des ARABOSAI Präsidiums für die nächste Drei-Jahres-Periode. Die neuen Präsidiumsmitglieder sind die ORKB von Bahrain, dem Libanon, Libyen und Saudi-Arabien. Die ORKB von Mauritius und Katar wurden von den Mitgliedern in den Finanz-/Rechnungsprüfungsausschuss gewählt. Was die Zukunftsplanung betrifft, so wurde Jordaniens Angebot, die nächste Generalversammlung im Jahr 2003 auszurichten, angenommen, und es wurden bereits einige mögliche Diskussionsthemen für Jordanien festgelegt.

Bei der Schlusszeremonie sprachen die Delegierten der

Gastgeber-ORKB, dem marokkanischen Rechnungshof sowie seinem Präsidenten El-Glaoui und dessen Mitarbeiter einhellig ihr Lob und ihren Dank für die ausgezeichnete Organisation und ihre Gastfreundschaft aus. Ein Delegierter meinte dazu treffend: "Unsere Gastgeber haben den Boden für eine erfolgreiche Konferenz bereitet, von der wir bei unserer Arbeit zu Hause deutlich profitieren werden".

Nähere Informationen über die 7. Generalversammlung und über die ARABOSAI sind erhältlich bei: Secrétaire Général – ARABOSAI, Cour des Comptes, 25 Avenue de la Liberté, B.P. 1002, 1004 Tunis, Tunesien.

Länderprofil: Das Board of Audit and Inspection der Republik Korea

vom Board of Audit and Inspection

Das koreanische Prüfungs- und Inspektionssystem kann auf eine 1300 Jahre alte Geschichte zurückblicken. Während der Herrschaft der Dynastien bestand seine Hauptfunktion darin, gesetzwidrige Handlungen von Verwaltungsbeamten aufzudecken. Nachdem die Republik Korea ihre eigene Verwaltung erhalten hatte, wurde gemäß den Bestimmungen der Verfassung von 1948 das Board of Audit als Koreas Oberste Rechnungskontrollbehörde (ORKB) gegründet und dem Präsidenten der Republik unterstellt. Entsprechend den Bestimmungen des Verwaltungsorganisationsgesetzes von 1948 wurde auch die Commission of Inspection eingerichtet und dem Präsidenten unterstellt. Ihre Aufgabe bestand darin, die Pflichten der Bediensteten von zentralen und lokalen Verwaltungen, Verwaltungsbehörden und anderen vom Gesetz her dafür vorgesehenen Organisationen zu beaufsichtigen und zu überprüfen.

Da die Arbeit des Board of Audit und der Commission of Inspection in vielen Fällen sehr eng miteinander verbunden war, wurde in der überarbeiteten Verfassung von 1962 verankert, dass diese beiden Organisationen zusammengelegt werden sollten. Mit dem Finanzkontrollgesetz (Board of Audit and Inspection Act) von 1963 wurde am 20. März 1963 das Board of Audit and Inspection (BAI) in seiner derzeitigen Form gegründet.

In jüngster Vergangenheit hegten die Menschen in Korea hohe Erwartungen im Hinblick auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft, eine Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und eine transparente Verwaltung. Im Gegenzug forderte die koreanische Verwaltung tiefgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor und die Ausmerzung korrupter Praktiken. In diesem Kontext hat das BAI drei Bereiche für seine Prüfungstätigkeit festgelegt: Prüfungen zur Förderung von Reformen, Produktivitätsprüfungen und offene Prüfungen. Das BAI erwartet, dass seine Bemühungen die Wirksamkeit von Verwaltungsreformmaßnahmen verstärken, zur Beseitigung eines korruptionsförderlichen Umfelds beitragen, die Kreativität und Flexibilität im öffentlichen Dienst erhöhen, die Einbindung der Bevölkerung in die Prüfungen fördern und ein Eingehen auf die Interessen der breiten Öffentlichkeit bewirken werden.

Prüfungskompetenzen und Unabhängigkeit

Die Funktionen, Aufgaben, der Status und die Organisationsstruktur des BAI sind in den einschlägigen Verfassungsbestimmungen festgelegt. Obwohl es in der Verfassung heißt, dass "das Board of Audit and Inspection dem Präsidenten

unterstellt ist", behält das BAI seine Unabhängigkeit bei der Ausübung seiner Pflichten nach Maßgabe des Finanzkontrollgesetzes. Zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des BAI wird dessen Leiter, so wie der Präsident des obersten Gerichtshofs und der Premierminister, vom Präsidenten der Republik mit Zustimmung der Nationalversammlung ernannt.

Der Council of Commissioners ist das höchste beschlussfassende Organ des BAI. Es setzt sich aus sieben Commissioners, einschließlich dem Leiter der ORKB, zusammen. Der Prozess der kollektiven Entscheidungsfindung garantiert, dass Fairness nicht im Namen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geopfert wird, da das BAI quasi-richterliche Funktionen erfüllt, wie zum Beispiel Urteile über die Haftung in Schadenersatzfragen abzugeben.

Zur Sicherstellung der Unabhängigkeit des BAI enthält das Finanzkontrollgesetz Bestimmungen, die den Status der Commissioner garantieren. Im Gesetz heißt es, dass "die Unabhängigkeit des BAI in Bezug auf die Ernennung und Abberufung seiner Beamten, seine Organisation und die Erstellung seines Haushalts weitestgehend respektiert werden muss".

Aufgaben

Zu den Hauptaufgaben des BAI zählen:

- *Bestätigung des Rechnungsabschlusses:* Das BAI prüft den Rechnungsabschluss für die Einnahmen und Ausgaben des Staates (der zentralen Verwaltung) und berichtet dem Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung über die Ergebnisse seiner Prüfungen.
- *Finanzkontrolle:* Das BAI prüft die Rechnungsführung des Staates, der Provinzverwaltungen, anderer lokaler autonomer Stellen und staatlicher Organisationen, um eine ordnungsgemäße und korrekte Buchführung zu gewährleisten. Das BAI prüft sowohl Stellen, die sich einer verpflichtenden Prüfung unterziehen müssen, als auch Stellen, deren Prüfung Ermessenssache ist.
- *Inspektion:* Die Inspektionsfunktion soll die Arbeitsweise und die Qualität des öffentlichen Dienstes verbessern. Im Unterschied zur Finanzkontrolle befassen sich die Inspektionen mit Angelegenheiten außerhalb des Rechnungswesens. Gegenstand der Inspektionen des BAI sind die Arbeit der zentralen, regionalen und

lokalen Verwaltungen sowie die Pflichten ihrer Mitarbeiter. Außerdem sind bestimmte, im öffentlichen Sektor tätige Personen vom Gesetz her ebenfalls verpflichtet, sich einer Inspektion zu unterziehen.

Der Council of Commissioners berät über die Erkenntnisse der Prüfungen und Inspektionen und entscheidet dann über das weitere Vorgehen. Im Falle einer Beschädigung oder eines Verlusts von staatlichen Vermögenswerten wird die haftbare Partei zu Ersatzleistungen herangezogen. Wird eine Sache als illegal oder ungerechtfertigt erachtet, fordert das BAI die betreffende Stelle auf, korrektive Maßnahmen zu ergreifen. Wird festgestellt, dass eine Person ein schwerwiegendes Vergehen begangen hat, fordert das BAI die jeweilige Aufsichtsbehörde auf, disziplinarische Maßnahmen gegen die betreffende Person einzuleiten. Werden in Gesetzen, Institutionen oder in Bezug auf bestimmte Praktiken Lücken oder Probleme aufgedeckt, fordert das BAI die zuständige Behörde auf, korrektive Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn es dem BAI nicht zusteht, die oben genannten Maßnahmen einzufordern, oder wenn der Leiter der jeweiligen Behörde die betreffende Angelegenheit in Eigeninitiative regelt, kann das BAI Empfehlungen abgeben oder den verantwortlichen Minister, die zuständige Aufsichtsbehörde oder den Leiter der geprüften Stelle in der Sache beraten.

Zu den weiteren Aufgaben des BAI zählen:

- *Zweitprüfung*: Wenn eine betroffene Partei – geprüfte Stellen, zuständige Minister, Bestellungsbehörden, Behörden, die Empfehlungen für Amtseinzetzungen abgeben, Leiter von Aufsichtsbehörden oder Einzelpersonen – der Ansicht ist, dass die gegen sie gerichteten Entscheidungen des BAI ungesetzlich oder ungerechtfertigt sind, ist sie berechtigt, beim BAI um eine erneute Prüfung anzusuchen. Außerdem kann das BAI, sollte es Entscheidungen als unangemessen oder ungerechtfertigt erachten, auf eigene Initiative eine erneute Prüfung anordnen.
- *Entscheidungen über Revisionsanträge*: Wenn Stellen, die vom BAI geprüft werden, durch ungesetzliche oder ungerechtfertigte administrative Handlungen die Rechte oder Interessen anderer Parteien verletzt haben, können die betroffenen Parteien Beschwerde beim BAI einlegen. Das BAI untersucht den Fall und teilt die Ergebnisse seiner Untersuchung den beschwerdeführenden Parteien sowie dem Leiter der betreffenden Stelle mit. Der Leiter der betreffenden Stelle ist verpflichtet, die in der Entscheidung des BAI verlangten Maßnahmen umzusetzen.
- *Meinungsäußerung*: Verwaltungsdienststellen sollten das BAI konsultieren, wenn Gesetze verabschiedet, novelliert oder abgeschafft werden, die das Rechnungswesen, die Befugnisse des BAI oder den Bereich Innenrevision und Kontrolle betreffen. Wenn Haushaltsbeauftragte in vom BAI geprüften Stellen ein gerichtliches Rechtsgutachten hinsichtlich der Auslegung einschlägiger Gesetze benötigen, wird die

Interpretation des BAI als maßgeblich herangezogen.

- *Entgegennahme von Anträgen und Beschwerden*: Das BAI verfügt über eine Eingangsstelle und eine gebührenfreie Hotline für Anträge und Beschwerden der Bürger. Erklärungen können auch per Fax oder über das Internet abgegeben werden. Diese praktische Einrichtung schützt die Rechte und Interessen der Bürger und bietet einen einfachen Zugang zum BAI. Das BAI prüft die Anträge und Beschwerden und bearbeitet sie oder leitet sie an die betreffenden Behörden bzw. an deren Aufsichtsbehörden weiter.

Organisationsstruktur

Das BAI umfasst den Council of Commissioners, das Sekretariat und die Schulungsbehörde für das Prüfungs- und Inspektionswesen. Der Council of Commissioners besteht aus dem ORKB-Leiter und sechs Commissioner und ist das höchste beschlussfassende Organ des BAI. Die Commissioner werden vom Präsidenten der Republik auf Empfehlung des Leiters des BAI für eine Amtszeit von 4 Jahren ernannt und können nur einmal wiederbestellt werden.

Das Sekretariat ist der operative Arm des ORKB-Leiters und wird vom Generalsekretär geleitet. Ihm direkt unterstellt sind der erste und zweite stellvertretende Generalsekretär, der Generaldirektor für Planung und Management und der Leiter der Schulungsbehörde. Die beiden stellvertretenden Generalsekretäre leiten sieben operative Prüfungsbüros und zwei Sonderprüfungsgruppen – die Prüfungsgruppe für Großprogramme der Verwaltung und die Prüfungsgruppe für Umwelt und Kultur.

Im April 1993 wurde die Kommission zur Verhinderung von Korruption (CPC) als beratendes Gremium des Leiters des BAI eingerichtet. Die Kommission setzt sich aus rund 20 prominenten Bürgern aus allen Berufs- und Gesellschaftsgruppen zusammen und steht dem Leiter der ORKB im Kampf gegen die Korruption beratend zur Seite.

Schulung

Das BAI hat sich dazu verpflichtet, die Kenntnisse seiner Mitarbeiter durch fortlaufende Schulungen kontinuierlich zu verbessern. Das Schulungszentrum des BAI, die Audit and Inspection Training Administration (AITA), ist verstärkt darum bemüht Schulungsprogramme anzubieten, die zu einer Maximierung der Produktivität und Wirksamkeit führen.

Die AITA organisiert Schulungsprogramme für Mitarbeiter des BAI, Innenrevisoren und Haushaltsbeauftragte. Die Programme zielen vor allem darauf ab, die Absolventen im eigenständigen Arbeiten zu unterweisen und ihnen neue Prüfungsfertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln. Die AITA veranstaltet alljährlich an die 50 Kurse für rund 7 000 Prüfer und Haushaltsbeauftragte.

Zusätzlich zu den internen Schulungsprogrammen bietet das BAI seinen Mitgliedern auch zahlreiche Schulungsmöglichkeiten bei speziellen Ausbildungseinrichtungen, Wirtschaftsprüfungskanzleien oder akademischen Einrichtungen

im In- und Ausland. Die Schulungsprogramme, die von der Asiatischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (ASOSAI) oder ihren Mitglieds-ORKB organisiert werden, dienen den Prüfern des BAI als Forum zum Austausch von Prüfungserfahrungen oder zum Erwerb von neuen Prüfungskennnissen und damit zur Verbesserung ihrer Kompetenzen.

Internationale Aktivitäten

Da das BAI der Meinung ist, dass ein gegenseitiger Austausch allen involvierten Parteien zu Gute kommt, fördert es internationale Zusammenarbeit und den wechselseitigen Austausch von Personal und Informationen. Als aktives Mitglied der INTOSAI und der ASOSAI unterhält das BAI enge bilaterale Beziehungen zu zahlreichen anderen ORKB. Außerdem ist es an einem Informationsaustausch unter Behörden auf aller Welt im Kampf gegen die Korruption beteiligt.

Nach seinem Beitritt zur INTOSAI im Jahr 1965 bekleidete das BAI von 1992 bis 1995 die Position des Rechnungsprüfers der INTOSAI und ist derzeit Mitglied des Komitees für die Staatsschulden und der Arbeitsgruppe über Umweltprüfung. 1998 wurde es zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der INTOSAI und Gastgeber des 17. INTOSAI Kongresses ernannt, der von 21. bis 27. Oktober 2001 in der koreanischen Hauptstadt Seoul stattfinden wird.

Das BAI hat sich darüber hinaus stets aktiv am Informationsaustausch und an der Pflege freundschaftlicher Beziehungen auf regionaler Ebene beteiligt. Es ist seit der Gründung der ASOSAI im Jahr 1979 Mitglied des Präsidiums dieser Organisation. 1982 organisierte das BAI in Seoul die zweite Generalversammlung der ASOSAI und führte für die folgenden 3 Jahre den Vorsitz in der Organisation. Das BAI hat stets die Wichtigkeit von Schulungen und Informationsaustausch innerhalb der ASOSAI betont und sich verstärkt darum bemüht, durch die Organisation von Seminaren, die alle 3 bis 4 Jahre für Prüfer aus den ASOSAI-Mitgliedsländern veran-

staltet wurden, den Schulungsbedarf in dieser Region zu decken.

Als Gastgeber des 17. INTOSAI Kongresses - dem ersten im 21. Jahrhundert - hat das BAI jede nur mögliche Anstrengung unternommen, um den Kongress zu einem absoluten Erfolg werden zu lassen. Im Vorfeld richtete das BAI im Mai 2000 für 74 Delegierte aus 24 Ländern die 47. Tagung des INTOSAI-Präsidiums aus. Das BAI nutzte diese Präsidiumstagung als Gelegenheit, um seine Vorbereitungen für den 17. Kongress auf den Prüfstand zu stellen. Der Großteil der Teilnehmer an der Präsidiumstagung war voll des Lobes für die geleistete Vorbereitungsarbeit, vor allem was die Dokumentation, die Dolmetschung und die Betreuung der Gäste betraf. Das BAI hat die Ergebnisse der Präsidiumstagung einer genauen Analyse unterzogen, um seine Vorbereitungen für den Kongress im Herbst noch weiter zu verbessern.

Für die Präsidiumstagung und den 17. INTOSAI-Kongress wurde vom BAI eine Internet Homepage (www.koreasai.go.kr) eingerichtet, die im Februar 2000 in den fünf Arbeitssprachen der INTOSAI in Betrieb genommen wurde. Die Seite verfügte auch über eine Online-Registrierungsmöglichkeit, mit deren Hilfe sich einige Teilnehmer der Präsidiumstagung für die Veranstaltung anmeldeten. Dem BAI zufolge war die Homepage sowohl für die Teilnehmer als auch die Organisatoren der Präsidiumstagung äußerst wirkungsvoll. Das BAI hofft nun, dass die für den 17. Kongress eingerichtete Homepage, die eine überarbeitete Version der Homepage für die Präsidiumstagung darstellt, es den Mitglieds-ORKB ermöglicht, mit geringerem Aufwand die nötigen Informationen zu erhalten bzw. sich für den Kongress anzumelden.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: International Cooperation Division, Board of Audit and Inspection, 25-23 Samchung-dong, Chongro-ku, Seoul 110-706, Korea. e-mail: koreasai@koreasai.go.kr.

Neuerscheinungen

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde Japans hat ihre neueste Ausgabe der *Government Auditing Review* (Bd. 8) veröffentlicht. In dieser Ausgabe finden sich fünf ausgewählte Artikel von Wissenschaftlern und Mitarbeitern der ORKB, die folgende Themen behandeln (1) Die Prüfung von Unternehmen, (2) Überlegungen zur Einführung einer Evaluierung von Verwaltungsleistungen, (3) Revolution im Rechnungswesen in Sapporo und Usuki, (4) Wirtschaftlichkeitsprüfung und Vermögensrechnung (5) Probleme und Perspektiven der Reform des Buchführungssystems der zentralen Verwaltung. (Englische) Exemplare des 8. Bands der *Government Auditing Review* sind erhältlich bei: Research and Study Division, Board of Audit, 3-2-1 Kasumigaseki, Chiyoda-ku, Tokyo 100-8941, Japan (Fax: ++81-3-3581-8877).

* * * * *

Der rumänische Rechnungshof hat eine weitere Ausgabe seiner Zeitschrift über Finanzkontrolle *Financial Audit Review* (Nr.2/2000) veröffentlicht. Die darin behandelten Themen umfassen konkrete Aktivitäten des Rechnungshofs, Debatten, juristische Angelegenheiten sowie die wichtigsten internationalen Tagungen, an denen Vertreter des Rechnungshofs im zweiten Halbjahr 2000 teilgenommen haben. Zu den einzelnen Artikeln gibt es kurze Zusammenfassungen auf Englisch und Französisch. Exemplare sind erhältlich bei: Rumänischer Rechnungshof, 22-24 Lev Tolstoi Street 71289 Sector 1, Bukarest, Rumänien (Tel: ++00401-230-13-77 oder Fax: ++00401-230-13-64).

* * * * *

Die Publikation *Government Governance: Corporate governance in the public sector, why and how?* (Führung und Kontrolle in der Verwaltung: Corporate Governance im öffentlichen Sektor – Motivationsgründe und Methoden) dürfte für die Leser dieser Zeitschrift von Interesse sein. Sie wurde von der Abteilung für öffentliche Finanzkontrolle im niederländischen Finanzministerium verfasst und soll die Erreichung von politischen Zielen sichern. Vom Standpunkt der ministeriellen Verantwortung aus gesehen besteht das wesentliche Element der guten Staatsführung im Vorhandensein ausreichender Sicherheiten, die es dem jeweiligen Minister ermöglichen, ministerielle Verantwortung zu tragen. In dieser Publikation wird ein Werkzeug zur Überprüfung und Analyse der Führungsstrukturen im öffentlichen Sektor vorgestellt, das für jeden Politikbereich einschließlich Erziehung, Sport, Soziales, Landwirtschaft, Strafvollzugsanstalten, Steuern und Gesundheitsfürsorge von Nutzen sein kann. Exemplare sind erhältlich bei: Ministry of Finance Government Audit Policy

Directorate (DAR), P.O. Box 20201, 2500 EE Den Haag, Niederlande (Tel: ++31-70-342-75-42 oder Fax: ++3170-342-7915).

* * * * *

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde Australiens gibt als Teil ihres gesamtheitlichen Prüfungsansatzes, der auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen für von ihr geprüfte Stellen beinhaltet, Leitfäden für bessere Vorgangsweisen, sogenannte *Better Practice Guides*, heraus. Seit 1996 hat sich diese Publikationsreihe mit Schlüsselaspekten der Kontrollstrukturen verschiedener Dienststellen befasst, die ein wesentlicher Bestandteil einer guten Unternehmensführung sind. Eine der jüngsten Ausgaben beschäftigt sich mit der Auftragsabwicklung in einem Risikoumfeld und beleuchtet hier vor allem die laufende Tätigkeit, wobei die Erreichung der erforderlichen Ergebnisse und die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen. Die Leitfäden haben auch eine Reihe anderer Themen untersucht, wie zum Beispiel die Verwaltung von Zuschüssen, Kassenwirtschaft, Personalabbau und andere personalbezogene Themen sowie die wichtigsten Leistungskennzahlen. Exemplare dieser Schriftenreihe sind erhältlich bei: Publications Manager, Australian National Audit Office, GPO Box 707, Canberra ACT 2601, Australien (Tel: ++02-6203-7500 oder Fax: ++02-6273-5355) www.anao.gov.au.

* * * * *

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ein neues Buch mit dem Titel *Governance in the 21st Century* (Führung und Kontrolle im 21. Jahrhundert) herausgegeben. Die zunehmende Integration der Märkte, grundlegende neue Technologien und die wachsende Wissensintensität menschlicher Aktivitäten sind alles Anzeichen für eine komplexe Welt. In den nächsten Jahrzehnten bedarf es neuer Formen der Führung und Kontrolle, die ein viel breiteres Spektrum von Akteuren mit einbeziehen wird. Traditionelle hierarchische Organisationen und von oben nach unten gerichtete Kontrolle werden zunehmend einer breiteren Streuung der Verantwortung und Entscheidungskompetenz weichen, die auf dem Innovationsgeist und der Kreativität von Einzelpersonen und Gruppen basiert. Dieses Buch untersucht einige der Möglichkeiten und Risiken, mit denen Entscheidungsträger in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden, und zeigt auf, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Gesellschaft besser in der Lage ist, ihre Zukunft flexibler und mit einer verstärkten Einbindung ihrer Bürger zu gestalten. Exemplare dieser Publikation sind erhältlich bei: OECD, 2 rue André Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich.

Tagung der INTOSAI Arbeitsgruppe für Privatisierung in Budapest

Neue Richtlinien verabschiedet

Die 8. Tagung der Arbeitsgruppe wurde am 11. und 12. Juni 2001 von Dr. Arpád Kovacs, dem Präsidenten der Obersten Rechnungskontrollbehörde Ungarns ausgerichtet. Sir John Bourn, Comptroller and Auditor General von Großbritannien und Vorsitzender der Arbeitsgruppe meinte, dass die Teilnahme von 24 ORKB ein deutlicher Beweis für das anhaltende und wachsende Interesse am Thema Privatisierung und damit verbundenen Aspekten innerhalb der INTOSAI und aller ihrer Regionalorganisationen sei. Er stellte fest, dass die Gruppe vom XVI. INCOSAI im November 1998 aufgefordert wurde, die Wirksamkeit der damals neu angenommenen Richtlinien für die beste Vorgangsweise bei der Prüfung von Privatisierungen zu überwachen, um einen weiteren Informationsaustausch zwischen den ORKB über Privatisierungen und im Bereich der Privatisierung durchgeführte Prüfungen zu erleichtern und einen neuen Prüfungsleitfaden zu erarbeiten.

Seit 1998 zeigen Fallstudien, dass sowohl Praktiker als auch ORKB die Privatisierungsrichtlinien als sehr hilfreich für den Privatisierungsprozess und dessen Prüfung erachten. Auf der Tagung von Budapest einigte sich die Gruppe auf zwei weitere Reihen von Richtlinien für die Prüfung wirtschaftlicher Regulierung bzw. für die Prüfung öffentlich-privater Partnerschaften und Konzessionen.

In den Richtlinien für das beste Vorgehen bei der Prüfung von wirtschaftlicher Regulierung wird anerkannt, dass Regulierung zunehmend als Instrument zur Kontrolle der Macht von monopolistischen und marktbeherrschenden Unternehmen auf dem Versorgungssektor eingesetzt wird, und dass Regulierungsbehörden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit einer schwierigen Aufgabe gegenüberstehen, die vor allem darin bestehen kann, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Konsumenten und den Interessen der Versorgungsunternehmen herzustellen. Die Richtlinien für das beste Vorgehen bei der Prüfung öffentlich-privater Partnerschaften und Konzessionen betonen sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede zwischen dem Privatisierungsansatz und dem Ansatz der öffentlich-privaten Partnerschaft und Konzessionsvergabe. Bei beiden Ansätzen werden Tätigkeiten, die unter Umständen seit jeher als ausschließliche Verantwortung des Staates betrachtet wurden, nicht mehr länger vom Staat ausgeführt. Aber anders als bei einem einfachen Verkauf eines Unternehmens ist der Staat bei einem Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft oder Konzession bis zu einem gewissen Grad weiterhin für die jeweilige Dienstleistung verantwortlich. In den Richtlinien werden jene Aspekte definiert, die einer Lösung bedürfen, wenn diese Modelle für alle betroffenen

Parteien von Nutzen sein sollen.

Die Grundlage für diese beiden neuen Gruppen von Richtlinien bilden verschiedene Fallstudien aus der Prüfungserfahrung zahlreicher ORKB. Der Entwurf, der im Oktober 2000 an alle Mitglieder der INTOSAI zur Stellungnahme ausgesandt wurde, erhielt ausgesprochen positive Beurteilungen, und die Arbeitsgruppe hat daher beschlossen, den Entwurf dem XVII. INCOSAI zur Annahme vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe hat nun drei Gruppen von Richtlinien für drei der Hauptaspekte im Bereich Privatisierung ausgearbeitet: den eigentlichen Verkaufsprozess, Vorschriften für Zulieferbetriebe und die Verhandlung und die Abwicklung von Verträgen mit dem Privatsektor zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Die Nützlichkeit dieser Richtlinien muß nun überwacht und die Richtlinien müssen gegebenenfalls durch weitere Anleitungen ergänzt werden, wie sie beispielsweise bei Prüfungen von Unternehmen, in denen der Staat ein Minderheitsaktionär ist, bei der Untersuchung von Alternativen zur staatlichen Regulierung und als Reaktion auf weitere Entwicklungen im Bereich Partnerschaften erforderlich werden können.

Vor diesem Hintergrund will die Arbeitsgruppe ihre Bemühungen bis zum XVIII. INCOSAI in Budapest 2004 verstärkt auf die Überwachung der Wirksamkeit der von der INTOSAI verabschiedeten Richtlinien, auf die Entwicklung zukünftiger Prüfungsanleitungen zur Ergänzung dieser Richtlinien und auf die weitere Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen den ORKB konzentrieren.

Nähere Informationen sind auf der Website der Arbeitsgruppe www.nao.gov.uk/intosai/wgap/home.htm erhältlich, auf der sämtliche Arbeitsdokumente und Fallstudien der Arbeitsgruppe sowie auch die Richtlinien und Kontaktadressen der Mitglieder zu finden sind.

Richtlinienkomitee für die Interne Kontrolle tagt in Miami

Im Rahmen der in Miami stattfindenden Konferenz des Internationalen Konsortiums für Staatliche Haushaltsführung (ICGFM) hielt das INTOSAI Richtlinienkomitee für die Interne Kontrolle am 5. April 2001 ebenfalls eine Tagung ab. Der Vorsitzende des Komitees, Dr. Arpád Kovacs (Ungarn), leitete die Tagung, David M. Walker (USA) fungierte als Gastgeber. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter der ORKB der Bahamas, Belgien, El Salvador, den Niederlanden, Österreich, Oman, Tansania und der Tschechischen Republik. Anwesend waren auch Beobachter von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, dem ICGFM, der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) und der Weltbank.

Dr. Kovacs erörterte die Ergebnisse der 2. Internationalen Konferenz über Interne Kontrolle, an der im Mai 2000 Delegierte aus 50 Ländern teilgenommen hatten, und bot eine Zusammenfassung des Berichts über die Tätigkeit des Komitees, den er auf dem kommenden INCOSAI präsentieren würde. Die Mitglieder des Komitees steuerten zusätzliche Informationen für die Berichte bei und diskutierten weiters über die zukünftige Leitung und Tätigkeit des Komitees.

David M. Walker präsentierte einen Entwurf für eine Broschüre über die Rolle von Führungskräften bei der Einführung und Pflege interner Kontrollsysteme. Die Broschüre war in englischer Sprache an die Mitglieder des Komitees verteilt worden, und die Mitglieder haben sich bereit erklärt, die Publikation in die anderen offiziellen Arbeitssprachen der INTOSAI zu übersetzen (Belgien - Französisch, Costa Rica - Spanisch, Oman/die Weltbank - Arabisch, Österreich - Deutsch). Der übersetzte Entwurf wird an die INTOSAI Mitglieder zur Stellungnahme weitergeleitet, und die endgültige Fassung wird auf dem im Oktober in Seoul stattfindenden Kongress vorgestellt werden.

Große Fortschritte im Bereich der Umweltprüfung im Vorfeld des XVII. INCOSAI in Seoul 2001

Seit ihrer Gründung im Jahr 1992 hat die INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung zahlreiche Projekte entwickelt und verfügt nun über ein reichhaltiges Angebot an verschiedenen Produkten, von Dokumenten und Broschüren über ein Video und eine CD bis hin zur eigenen Website. Zu den wichtigsten Vorhaben der Arbeitsgruppe zählten die verstärkte Miteinbindung der INTOSAI-Regionalorganisationen und die Ausarbeitung von weiteren Richtlinien. Auf dem XVII. INCOSAI in Korea wird die Vorsitzende der Arbeitsgruppe und Präsidentin des niederländischen Rechnungshofes, Saskia J. Stuiveling, einen Überblick über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe sowie über die Entwicklungen in diesem Bereich präsentieren. Dieser Bericht wird die wichtigsten Leistungen und Produkte der Arbeitsgruppe im Zeitraum von 1999-2001 beschreiben. Dabei werden auch die Ergebnisse der dritten Umfrage über Umweltprüfung, die von der Arbeitsgruppe im letzten Jahr unter allen INTOSAI Mitgliedern durchgeführt wurde, mit einfließen.

Leistungen der Arbeitsgruppe von 1999-2001

Einrichtung von regionalen Arbeitsgruppen

Wie bereits erwähnt, war die Förderung einer verstärkten Miteinbindung der INTOSAI-Regionalorganisationen das wohl bedeutendste Projekt der Arbeitsgruppe zwischen 1999 und 2001. Die Strategie der Arbeitsgruppe wurde in den einzelnen Regionalorganisationen begeistert aufgenommen. Ende 2000 hatten die INTOSAI Regionalorganisationen AFROSAI, ARABOSAI, ASOSAI, EUROSAI, SPASAI und OLACEFS entweder ihre eigenen regionalen Arbeitsgruppen für Umweltprüfung eingerichtet oder andere Wege der Zusammenarbeit gefunden.

Die Ergebnisse der dritten Umfrage zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der befragten ORKB die Strategie der regionalen Zusammenarbeit befürwortet. Knapp die Hälfte der befragten ORKB ist bereits Mitglied einer regionalen Arbeitsgruppe für Umweltprüfung. Weitere 40 % ziehen eine Mitgliedschaft bei einer regionalen Arbeitsgruppe in Erwägung oder zeigen Interesse, an einer oder mehrerer Aktivitäten auf regionaler Ebene teilzunehmen. Die Zusammenarbeit innerhalb einer Region hat bereits zu einer Reihe von Tagungen regionaler Arbeitsgruppen geführt. Es werden verschiedene regionale Schulungskurse oder Seminare für Umweltprüfer veranstaltet.

Internationale Zusammenarbeit und Prüfung von Umweltabkommen

Eine der Haupttätigkeiten der INTOSAI Arbeitsgruppe und der regionalen Arbeitsgruppen liegt in der Entwicklung und Durchführung koordinierter Prüfungen, an denen mehrere ORKB beteiligt sind, sowie in der Prüfung internationaler Umweltvereinbarungen. Zur Unterstützung dieser Art von Prüfungen hat die Arbeitsgruppe eine Broschüre mit dem Titel "Möglichkeiten der Zusammenarbeit der ORKB bei der Überprüfung internationaler Umweltvereinbarungen" erstellt. Diese Broschüre wurde vom XVI. INCOSAI in Uruguay angenommen. In der letzten Tätigkeitsperiode hat die Arbeitsgruppe eine Folgepublikation zu dieser Broschüre herausgegeben. Das Papier trägt den Titel "Die Prüfung internationaler Umweltvereinbarungen" und soll den Denkprozess in ORKB in Bezug auf die Prüfung internationaler Umweltvereinbarungen weiter anregen sowie einige Ausgangspunkte bzw. Entscheidungskriterien als Grundlage für die Auswahl interessanter Abkommen bieten.

Seit dem XVI. INCOSAI wurden zahlreiche Prüfungen von Umweltvereinbarungen durchgeführt. Die Bibliographie auf unserer Website umfasst über 160 Berichte. Einige Prüfungen werden von mehreren ORKB gemeinsam durchgeführt. Das bedeutet, dass eine Vielzahl an praktischen Erfahrungswerten zur Verfügung stehen, die von anderen ORKB genutzt werden können. Die Ergebnisse der dritten INTOSAI Umfrage über Umweltprüfung zeigen, dass ein sehr großes Interesse an Kooperationen unter den ORKB im Bereich der Umweltprüfung (Prüfungen internationaler Umweltvereinbarungen oder anderer Umweltbelange) besteht. Knapp 80 % der befragten ORKB haben ihr Interesse bekundet. Wir sind der Ansicht, dass damit eine gute Grundlage für zukünftige Aktivitäten in den Regionalorganisationen geschaffen ist.

Weitere Produkte

Die Arbeitsgruppe entwickelte auch eine Reihe anderer spezifischer Produkte, die für die INTOSAI Gemeinschaft von Relevanz sind und auf dem XVII. INCOSAI in Korea 2001 zur Verfügung stehen werden:

- Die Broschüre "Anleitung für die Durchführung von Prüfungen umweltbezogener Aktivitäten". Zweck dieses Leitfadens ist es, den ORKB einen Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Ansatzes zur zufriedenstellenden Erledigung ihrer Aufgaben im Be-

reich Umweltprüfung im Rahmen der Zuständigkeit und des Mandats der jeweiligen ORKB zur Verfügung zu stellen. Die Broschüre wird der INTOSAI Gemeinschaft in Seoul zur Annahme als INTOSAI-Dokument vorgelegt werden.

- Das von der Arbeitsgruppe erstellte Dokument über "Nachhaltige Entwicklung", dessen Ziel es ist, den Begriff nachhaltige Entwicklung zu erklären und zu beurteilen, welche Rolle die ORKB bei der Prüfung der Fortschritte spielen können, die bei der Umsetzung der in den nationalen Strategien dargelegten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gemacht wurden.
- Das von der Arbeitsgruppe 1998 erstellte Dokument über "ökologische Gesamtrechnung". Diese Studie enthält Informationen über die derzeitige Sachlage auf dem Gebiet der ökologischen Gesamtrechnung und der Optionen, die den ORKB diesbezüglich offen stehen.
- Das von der Arbeitsgruppe erstellte Dokument über "Die Ergebnisse der dritten INTOSAI Umfrage über Umweltprüfung". Dieses Papier ist das jüngste Exemplar einer Publikationsreihe über die Praxis der Umweltprüfung in ORKB auf der ganzen Welt. Der Bericht über die Ergebnisse der zweiten Umfrage (1998) ist ebenfalls noch verfügbar.
- Die neu gestaltete, aktualisierte Website der Arbeitsgruppe wurde unter einer neuen Adresse eingerichtet: www.environmental-auditing.org. Die Website enthält eine Vielzahl an Informationen, die für die ORKB bei der Vorbereitung und Durchführung von Umweltprüfungen von großem Nutzen sein können. Sie beinhaltet auch eine Bibliographie mit mehr als 1200 Berichten über Umweltprüfungen von ORKB aus aller Welt.
- Das von der Arbeitsgruppe produzierte Video "Ökologische Prüfung, eine globale Herausforderung" wurde zum ersten Mal auf dem XVI. INCOSAI in Uruguay gezeigt. Zweck dieses Videos ist es, die enorme Bedeutung der Umweltprüfung hervorzuheben und die ORKB darin zu bestärken, diese Art von Prüfungen durchzuführen.
- Der Informationsaustausch mit Hilfe des Greenline-Bulletins wurde fortgesetzt.
- Es wurde eine CD-ROM mit allen Produkten der Arbeitsgruppe (und weiteren Inhalten) erstellt. Sie

wird auf dem XVII. INCOSAI in Korea für alle Delegierten erhältlich sein.

Die meisten der in diesem Artikel erwähnten Produkte sind in den fünf Sprachen der INTOSAI erhältlich. Ausnahmen stellen lediglich die Studie über "Nachhaltige Entwicklung" und das Dokument über "Die Prüfung von internationalen Umweltabkommen" dar, die nur in Englisch und Spanisch erhältlich sind. Unsere Produkte können von unserer Website heruntergeladen oder beim Sekretariat der Arbeitsgruppe bestellt werden.

Einige ORKB haben uns wissen lassen, dass sie im Bereich Umweltprüfung aufgrund ihres begrenzten Mandats nur über eingeschränkte Möglichkeiten verfügen. Die Arbeitsgruppe erarbeitet zur Zeit ein Dokument zu diesem Thema, das aufzeigen soll, auf welche Art und Weise, ORKB ihr Mandat nutzen können – zum Beispiel durch die Orientierung am Geldfluss. Der erste vorläufige Entwurf des Papiers "Umweltprüfung – Tätigkeit im Rahmen eines begrenzten Mandats" ist auf unserer Website verfügbar, und wir laden alle ORKB dazu ein, uns ihre Ideen und Lösungsvorschläge für dieses Problem zukommen zu lassen.

Organisation der INTOSAI Arbeitsgruppe

Es ist nicht nötig, dass alle Mitglieder der regionalen Arbeitsgruppen auch Mitglieder der INTOSAI Arbeitsgruppe werden. Dennoch ist die INTOSAI Arbeitsgruppe seit dem XVI. INCOSAI in Uruguay schnell gewachsen. Gegenwärtig gehören ihr 35 ORKB an. Aufgrund der beachtlichen Größe der INTOSAI Arbeitsgruppe und der Einführung der regionalen Arbeitsgruppen musste die INTOSAI Arbeitsgruppe über neue Strukturen für ihre nächste Tätigkeitsperiode nachdenken.

Seit der Gründung der Arbeitsgruppe wurde der Vorsitz vom niederländischen Rechnungshof geführt. In der nächsten Tätigkeitsperiode wird der Vorsitz an Kanada übergehen. Diese Themen sowie Ideen für den neuen Arbeitsplan werden auf der nächsten Tagung der Arbeitsgruppe in der kanadischen Stadt Ottawa im September 2001 erörtert werden.

Weitere Informationen

Nähere Informationen sind auf unserer Website www.environmental-auditing.org oder über das Sekretariat der INTOSAI Arbeitsgruppe am niederländischen Rechnungshof erhältlich: P.O. Box 20015, 2500 EA Den Haag, Niederlande, Tel.: ++31 703424392 (Bernadette Schomaker) oder ++31 70 3424292 (Peter van Roozendaal); Fax: ++ 31 70 3424406; e-mail: environmental-auditing@rekenkamer.nl.

INTOSAI-Veranstaltungskalender 2001/2002

Juli

August

*OLACEFS Kongress
Panama
20. bis 24. August*

September

*Präsidialtagung der AFROSAI
Libyen
(Datum wird noch bekanntgegeben)*

*Präsidialtagung der ASOSAI
Kuwait
29. September bis 3. Oktober*

Oktober

*XVII. INCOSAI
Seoul, Korea
22. bis 27. Oktober*

November

Dezember

2002

Januar

Februar

März

*XXIV Präsidialtagung der EUROSAI
Kopenhagen, Dänemark
7. März*

April

*15. VN/INTOSAI Seminar
Wien, Österreich
8. bis 12. April*

Mai

*V. Kongress der EUROSAI
Moskau, Russland
27. bis 31. Mai*

Juni

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.